

SoVD Zeitung

Sozialverband Deutschland – Ihr Partner in sozialen Fragen

Nr. 11 / November 2007 · Ausgabe Berlin-Brandenburg

Internet: <http://www.sovd.de> · E-Mail: contact@sozialverband.de

**Vizekanzler Müntefering
als Gastredner beim SoVD**

„Wir brauchen Leute,
die sich engagieren!“

Seite 2

**Der neue
SoVD-Bundesvorstand**

So haben
die Delegierten gewählt

Seite 3

**Bunte Schirme
für den Frieden**

SoVD-Kinder nahmen an Aktion
des Künstlers Matt Lamb teil

Seite 7



16. Bundesverbandstagung des Sozialverband Deutschland

„Soziale Gerechtigkeit gestalten“

Es sei die beste seit vielen Jahren gewesen – mit diesen anerkennenden Worten beendete der alte und – so viel vorweg – neue Präsident Adolf Bauer am Freitag, 26. Oktober, die 16. Bundesverbandstagung des Sozialverband Deutschland, die unter dem Motto „Soziale Gerechtigkeit gestalten – unsere Demokratie stärken“ stand. Vorausgegangen waren für 197 Delegierte und eine große Zahl von hauptamtlichen Mitarbeitern/-innen aus der Bundes- und den Landesgeschäftsstellen drei (für viele der Anwesenden sogar fünf) Tage harter Arbeit. Im Berliner Hotel und Kongress-Zentrum Estrel tagten Antragskommissionen, Delegierte versammelten sich. Es wurden Reden gehalten, Berichte vorgetragen und diskutiert. Großen Raum nahmen die Wahlen des neuen Bundesvorstandes und des SoVD-Präsidiums sowie der Revisoren und Mitglieder der Schiedsstelle ein (siehe Seite 3). Die Delegierten beschlossen die Berliner Erklärung und stimmten über eine Vielzahl von organisatorischen, sozial- und frauenpolitischen Anträgen und solchen zu Finanzfragen ab, die den Weg des Verbandes in den nächsten vier Jahren prägen werden. Trotz des randvollen Arbeitspensums: Die 16. SoVD-Bundesverbandstagung hatte auch unterhaltsame Elemente. An den Abenden wurden die nicht mehr kandidierenden Bundesvorstandsmitglieder im festlichen Rahmen verabschiedet, der SoVD-Bundesverband und die drei großen Landesverbände luden Delegierte und Gäste aus den Reihen des SoVD sowie Freunde des Verbandes zum Berliner und Bunten Abend ein.

Im Namen des Präsidiums und des Bundesvorstandes hieß der amtierende SoVD-Vizepräsident Jürgen Weigel am Mittwoch, 24. Oktober, die Delegierten und zahlreiche Ehrengäste des Verbandes (siehe roter Kasten auf Seite 2) willkommen. Er eröffnete die 16. Bundesverbandstagung mit dem Wunsch, sie möge für Delegierte und Gäste spannend und abwechslungsreich sein.

Grundsatzrede des SoVD-Präsidenten

Adolf Bauer, amtierender SoVD-Präsident, übernahm das Wort, um

Anzeige

Als Mitglied im SoVD genießen Sie besonders günstigen und speziellen Schutz.

Sterbegeld-Vorsorge Plus:

- Sterbegeld von 1.000 bis 12.500 Euro
- Beitritt bis zum 80. Lebensjahr
- Keine Gesundheitsfragen, lediglich Staffelung der Leistung im 1. Vers.-Jahr
- Doppeltes Sterbegeld bei Unfalltod
- Nur begrenzte Beitragszahlungsdauer
- Beitragsbefreiung bei Pflegestufe III
- Assistance-Leistungen im Trauerfall

Haben Sie Interesse: 040/ 63 76 27 62

www.ovg.hamburg-mannheimer.de

mit der Organisation
für Verbandsgruppenversicherungen

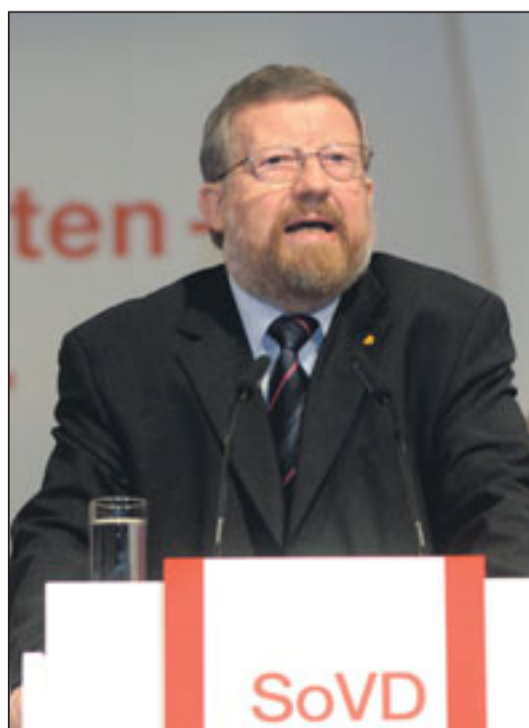
Ein Unternehmen der
ERGO Versicherungsgruppe.

HAMBURG
MANNHEIMER

eine Grundsatzrede zum Thema „Soziale Gerechtigkeit gestalten – unsere Demokratie stärken“ zu halten.

Ausgehend von der Tatsache, dass Deutschland gerade einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt, dass die Gewinne der Unternehmen steigen, die Arbeitslosenquote sinkt, stellte Bauer fest: „Die Zeiten sind günstig, um soziale Gerechtigkeit zu gestalten, soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft durch- und umzusetzen.“ Umso trauriger der Blick in die Realität, der nach wie vor eine ganze Reihe gravierender sozialer Ungerechtigkeiten aufzeige: Armutslöhne trotz Vollzeitbeschäftigung, Zwangsverrentung älterer Arbeitnehmer/-innen auf Kosten der Sozialkassen, 2,5 Millionen Kinder an oder unter der Armutsgrenze, menschenunwürdige Pflege und vieles mehr. Bauers Schlussfolgerung: „Soziale Gerechtigkeit gestalten – unsere Demokratie stärken: an Aktualität hat diese Forderung nichts eingebüßt.“
Beispielhaft für den in-

zwischen 90-jährigen Kampf des Sozialverband Deutschland für soziale Gerechtigkeit nannte Adolf Bauer das Engagement des SoVD in der Pflege. Bauer: „Als einer der wenigen großen Verbände setzen wir uns seit vielen Jahren für Pflegebedürftige und ihre



SoVD-Präsident Adolf Bauer hielt eine engagierte Grundsatzrede zur Situation der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland.



Fotos (2): Schlemmer

Professionelle Aufmachung und Organisation sorgten für einen reibungslosen Ablauf der Bundesverbandstagung. Das konnten auch Vertreter aus Politik, Gewerkschaften und befreundeten Verbänden so erleben.

Eröffnungsveranstaltung

Angehörigen ein. Wir haben mit der Aktion gegen Gewalt in der Pflege – der AGP – auf Pflegemissstände aufmerksam gemacht, lange bevor es die Berichte des Medizinischen Dienstes der Spitzenverbände der Krankenversicherung gab.“ Obwohl der SoVD in den vergangenen Jahren erfolgreich seinen Beitrag zur Gestaltung sozialer Gerechtigkeit geleistet habe, könne man sich nicht zufrieden zurücklehnen. Es gebe noch viel zu viele „Baustellen, auf denen noch kräftig gearbeitet werden muss“.

Soziale Gerechtigkeit gestalten – unsere Demokratie stärken – das bedeutet nach den Worten von Adolf Bauer nicht zuletzt, gegen die Armut in unserem Land zu kämpfen. Armut, die sich auch darin zeigt, dass

- werdende Mütter von den ARGEn aufgefordert werden, kleinere und kostengünstigere Wohnungen zu suchen,
- Kinder die Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe immer mehr in Anspruch nehmen müssen,
- Wartelisten in Schuldnerberatungsstellen immer länger werden,
- die Einrichtung der sozialen Mittagstische und Kleiderkammern boomt.

„Diese Situation können wir uns nicht leisten!“, rief Bauer den im Saal versammelten Politikern mit Bezug

auf die in Deutschland um sich greifende Kinderarmut entgegen. Mit der materiellen und sozialen Armut von Kindern dürfe sich der Staat nicht abfinden. „Nicht die zusätzlichen Sozialarbeiter- und Lehrerstellen verursachen zu hohe Kosten, sondern die Folgen ungenügender und fehlender Bildung!“

„Die Stärke des Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ – dieses Zitat aus der Präambel der Schweizer Verfassung stellte Adolf Bauer an den Schluss seiner Rede. Er beendete sie mit einem leidenschaftlichen Appell

Fortsetzung auf Seite 2

Eröffnungsveranstaltung



Fotos (3): Schlemmer

Wurden für ihr ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Kampagne Gut tun – tut gut mit Pokal und Urkunde ausgezeichnet: Hans-Jörg Graaf (Gewinner des Glücksspreises, 3. von li.), Marieluise Meldau (Gewinnerin des Einzelpreises, 4. von li.), Horst Reiter und Dieter Schmidt vom Ortsverband Obernkirchen in Niedersachsen (Gewinner des Gruppenpreises; 5. und 6. von li.). Links im Bild SoVD-Präsident Adolf Bauer, Vizepräsidentin Marianne Saarholz (2. von li.), rechts die Schirmherrin der Kampagne, Professor Dr. Gesine Schwan.

Fortsetzung von Seite 1
an die Delegierten: „Soziale Gerechtigkeit ist unser aller Anliegen, sie durchzusetzen unsere demokratische Aufgabe als Mitglieder des Sozialverband Deutschland und als Bürgerinnen und Bürger in diesem Land!“

Festvortrag von Professor Dr. Ernst Kistler

Den Festvortrag zur Eröffnungsveranstaltung der Bundesverbandstagung hielt Professor Dr. Ernst Kistler vom Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie. Der unter anderem mit seinem Buch „Die Methusalem-Lüge. Wie mit demographischen Mythen Politik gemacht wird“ zu großer Bekanntheit gekommene Sozialforscher referierte zum Thema „Arbeit, Solidarität und Sozialstaatlichkeit in einer alternden Gesellschaft“.

In seinem wissenschaftlich fundierten, aber unterhaltsam und gut verständlich präsentierten Vortrag

erklärte Professor Dr. Ernst Kistler zunächst Grundlagen der Demografie und stellte die daraus folgenden Konsequenzen für den Arbeitsmarkt und die Sozialsysteme dar. Dann widmete er sich der zentralen Frage: Erdrückt uns die demografische Last?

Der Sozialwissenschaftler sprach sich für ein offenes Asylrecht aus und dafür, dass wir als Bewohner eines reichen Landes uns um die Ärmsten der Armen in der Dritten Welt kümmern. „Aber“, so Kistler, „was wir nicht brauchen, ist eine arbeitsmarktbedingte Zuwanderung in den nächsten 15 Jahren!“ Vielmehr müssten erst einmal die Unternehmer und die Politiker ihre Hausaufgaben machen und massiv in die Aus- und Weiterbildung investieren. „Dann können wir erst darüber reden, wie wir in längerer Zukunft die ganze Sache gestalten.“

Kistler machte auch auf die noch

auf die Wirtschaft einzuwirken.

Verleihung des Gut tun – tut gut-Preises

Die 16. Bundesverbandstagung des Sozialverband Deutschland bot den passenden Rahmen für die erstmalige Verleihung des Gut tun – tut gut-Preises. Der Preis wurde im Rahmen der gleichnamigen SoVD-Kampagne in den drei Kategorien Gruppenpreis, Einzelpreis und Glücksspreis verliehen. Eine Jury unter dem Vorsitz der amtierenden SoVD-Vizepräsidentin Marianne Saarholz hatte die Preisträger im August ermittelt (wir berichteten). Prof. Dr. Gesine Schwan, Schirmherrin der Kampagne, überreichte der 67-jährigen Marieluise Meldau aus Sehnde in Niedersachsen den Gut tun – tut gut-Einzelpreis für ihre Vorlesestunden für Kinder und Senioren in einem Altenheim. In der Laudatio betonte die Schirmherrin das hohe soziale Engagement der Preisträgerin und hob das gene-

immer schwierige Arbeitsmarkt-Situation älterer Menschen aufmerksam. Er räumte ein, „dass die Politik, die Öffentlichkeit, auch Teile meiner Kollegen in der Wissenschaft das Problem älterer Arbeitskräfte am Arbeitsmarkt im Moment noch wirklich unterschätzen. Massiv unterschätzen.“

Tatsächlich seien die Maßnahmen für Arbeitnehmer über 50 in den Unternehmen in den letzten Jahren zurückgefahren worden. Der Sozialökonom forderte die politische Verantwortlichen daher auf, in diesem Bereich

rationenübergreifende Zusammenwirken von Jung und Alt hervor.

Der Gut tun – tut gut-Gruppenpreis ging an den SoVD-Ortsverband Obernkirchen in Niedersachsen für sein generationenübergreifendes Engagement zur Einrichtung eines Computerkurses für Senioren in einem Jugendzentrum. Als die Senioren feststellten, dass die Computer des Jugendzentrums veraltet waren, sorgten sie mithilfe ihrer Verbindungen und mit Spenden für sechs moderne Rechner: „Das ist eine gute Tat, von der Jung und Alt profitieren“, erklärte SoVD-Präsident Adolf Bauer in der Laudatio.

Den durch Los gezogenen Glücksspreis überreichte SoVD-Vizepräsidentin Marianne Saarholz an Hans-Jörg Graaf aus Höpflingen in Baden-Württemberg für die Einrichtung eines Rollatoren-Verleihs (siehe auch Foto links).

Schlusswort des SoVD-Präsidenten

Adolf Bauer bedankte sich zum Abschluss der Veranstaltung bei den Gästen des SoVD für ihr Erscheinen und wünschte den Delegierten für die folgenden Plenarsitzungen mit Wahlen (siehe Seiten 3 und 4) ein gutes Gelingen.



Professor Dr. Ernst Kistler sprach über Konsequenzen einer „alternden Gesellschaft“ – und räumte dabei mit manchen, von Gruppeninteressen geleiteten, Mythen auf.

Gastrede des Vizekanzlers Franz Müntefering

Trotz seines übervollen Terminkalenders – Lesung im Bundestag am Morgen und SPD-Parteitag in Hamburg am Nachmittag – nahm sich Vizekanzler Franz Müntefering die Zeit, am 25. Oktober zu den Delegierten der 16. Bundesverbandstagung zu sprechen. Müntefering, selbst Mitglied im Sozialverband Deutschland, sprach den SoVD-Mitgliedern seine Anerkennung aus und dankte ihnen für ihr soziales Engagement.



Franz Müntefering zu den Delegierten: „Wir brauchen Leute, die bereit sind, die Ärmel hochzukrempeln und sich selbst zu engagieren. Sie gehören dazu und ich sage Ihnen ein herzliches Dankeschön dafür!“

Die Bereitschaft der Menschen zu ehrenamtlichem Engagement sei der Kit, der die Gesellschaft zusammenhalte, sagte Franz Müntefering. Deswegen bedanke er sich bei allen, „die sich engagieren, die unterwegs sind, die dafür sorgen, dass Menschen sich versammeln, dass man informiert wird, dass man sich miteinander bespricht, dass man Initiativen ergreift, dass man sich hilft.“

Der Bundesminister für Arbeit und Soziales ließ in seiner Rede keinen Zweifel an seiner Haltung zum Sozialstaat. „Deutschland ist stark“, so sagte er, „nicht obwohl, sondern weil es ein Sozialstaat ist.“ Er sprach sich klar für umlagefinanzierte und gegen kapitalgedeckte Sozialversicherungssysteme aus. Die Pleiten an den Börsen seit dem Jahr 2000 hätten gezeigt, wie riskant letztere seien.

Der Minister kritisierte, dass in Deutschland viel zu wenig in Bildung investiert werde. Er nannte es katastrophal, dass inzwischen 10 Prozent der Hauptschüler keinen Schulabschluss haben und zitierte in diesem Zusammenhang John F. Kennedy: „Bildung ist teuer, sehr teuer. Es gibt nur eines, was noch teurer ist als Bildung: keine Bildung.“

Müntefering sprach auch das Problem der sogenannten Aufstocker an. Dies sind Menschen, die trotz Vollbeschäftigung so wenig verdienen, dass sie Anspruch auf ergänzende Sozialleistungen haben. Hier werde zum Teil erheblicher Missbrauch getrieben: Es gebe Unternehmen, die kürzten ihren Mitarbeitern den Lohn und forderten sie auf, den fehlenden Rest als Sozialleistung einzufordern.

Müntefering wies die Anwesenden auf den Zusammenhang zwischen Lohn- und Rentenerhöhung hin („eine anständige Lohnhöhe ist die Voraussetzung dafür, dass auch Rentnerinnen und Rentner entsprechende Zuwächse haben“), forderte aber gleichzeitig zu privater Vorsor-

ge in Form der Riester-Rente auf.

Offen benannte der Arbeitsminister das Prinzip der Frühverrentung als falsch. Ältere Menschen seien kein altes Eisen, im Gegenteil: Inzwischen hätten sogar die Betriebe kapiert, „dass es nicht nur darauf ankommt, dass man junge Hüpfher hat, die kreativ sind und schnell laufen können“, dass man vielmehr auch Menschen brauche, „die älter sind, was wissen, was können, Erfahrung haben.“

Müntefering beschloss seine Rede mit einem Gedanken bezüglich des Verhältnisses zwischen seinem Ministerium und dem SoVD. Ihm sei völlig klar, dass immer wieder über den richtigen Weg gestritten werde. Wichtig sei ihm aber, dass man sich einig sei hinsichtlich der Tendenz, „der Richtung, in die wir gehen wollen in diesem Land“.

Über weitere Einzelheiten der 16. Bundesverbandstagung des SoVD berichten wir ausführlich in der Dezember-Ausgabe der SoVD-Zeitung.

Wahlen zum Bundesvorstand

Die Wahlen zum neuen Bundesvorstand waren – wie sollte es anders sein? – zentraler Bestandteil der 16. Bundesverbandstagung. Im Vergleich zur letzten Bundesvorstandswahl im Jahr 2003 gab es diesmal nur wenige personelle Veränderungen. Adolf Bauer wurde als Präsident bestätigt, Marianne Saarholz ist wiederum Vizepräsidentin. Neu besetzt ist mit Lothar Dufke aus Schleswig-Holstein das Amt des Vizepräsidenten. Neue Frauensprecherin ist Edda Schliepack (Niedersachsen), die bisherige Sprecherin der Frauen im Bundesverband, Brigitte Setzer-Pathe, trat nicht mehr zur Wahl an.

Adolf Bauer trat ohne Gegenkandidat zur Wahl an. Er wurde von den Delegierten mit 92,3 Prozent der Stimmen als Präsident bestätigt. Marianne Saarholz setzte sich mit 117 Stimmen gegenüber Inge Jefimov (Landesvorsitzende Hamburg; 70 Stimmen) durch. Spannend war die Wahl zum Vizepräsidenten. Nachdem sich im ersten Wahlgang kein Bewerber die nötige Mehrheit der Stimmen für sich verbuchen konnte, kam es zur Stichwahl zwischen dem bisherigen Vizepräsidenten Jürgen Weigel (Mecklenburg-Vorpommern) und Lothar Dufke (Mitglied im Geschäftsführenden Landesvorstand von Schleswig-Holstein). Dufke konnte sich mit 97 Stimmen ganz

knapp gegen Weigel (92 Stimmen) durchsetzen. Die neue (und alte) Schatzmeisterin heißt Ingeborg Saffe. Saffe wurde bereits zum dritten Mal in dieses Amt gewählt, diesmal mit 93,7 Prozent der Stimmen. Neu besetzt ist das Amt der Frauensprecherin. Es wird von Edda Schliepack bekleidet, die sich mit 101 Stimmen gegen Sylvia Heintze aus Niedersachsen (87 Stimmen) durchsetzte.

Ebenfalls zum Präsidium gehören folgende, in der konstituierenden Sitzung des Bundesvorstandes hinzugewählte, Personen: Sven Picker (Schleswig-Holstein; Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses), Manfred Grönda (Niedersachsen;



Marianne Saarholz wurde als Vizepräsidentin im Amt bestätigt.

Vorsitzender des Organisationsausschusses), Horst Brinkmann (Nordrhein-Westfalen; Vorsitzender des neu geschaffenen Finanzausschusses, der sich mit finanziellen Aspekten der Verselbstständigung von Landesverbänden befassen soll), Hartmut Marx (Baden-Württemberg; Schriftführer).

Beisitzer im neuen Bundesvorstand sind: Dr. Josef Haas (Bayern), Michael Wiedeburg (Berlin-Brandenburg; *neu gewählt*), Ilse Junge (Bremen; *neu gewählt*), Inge Jefimov (Hamburg; *neu gewählt*), Friedhelm Fohr (Hessen), Jürgen Weigel (Mecklenburg-Vorpommern), Richard Dörzapf (Rheinland-Pfalz/Saarland), Siegfried Gebner (Sachsen), Kerstin Römer (Sachsen-Anhalt), Werner Schollek (Thüringen; *neu gewählt*), Karin Oswald (Schleswig-Holstein), Hans-Joachim Tümmeler (Schleswig-Holstein), Helmut Etz Korn (Nordrhein-Westfalen), Angelika Winkler (Nordrhein-Westfalen), Bruno Hartwig (Niedersachsen; *neu gewählt*), Ernst-Bernhard Jaensch (Niedersachsen; *neu gewählt*), Horst Wendland (Niedersachsen), Elisabeth Wohler (Niedersachsen), Hans-Peter de Vries (Niedersachsen). Nico Hamkens ist als Bundesjugendvorsitzender stimmberechtigtes Mitglied im Bundesvorstand.

Die neuen Bundesrevisoren sind: Reinhard Meyer (Niedersachsen;



Fotos (4): Schlemmer

Das neue SoVD-Präsidium (von li.): Ingeborg Saffe, Horst Brinkmann, Manfred Grönda, Lothar Dufke, Hartmut Marx, Adolf Bauer, Edda Schliepack, Marianne Saarholz, Sven Picker.

Sprecher), Gisela Nowak (Nordrhein-Westfalen), Hans-Wilhelm Saul (Niedersachsen), Joachim Wittrien (Bremen).

Zu Mitgliedern der Bundeschiedsstelle wurden gewählt: Bernd Senger (Niedersachsen; Vorsitzender), Dr. Erich Größges (Nordrhein-Westfalen; stellv. Vorsitzender), Birgit Eckert (Niedersachsen), Wilma Horstkotte (Nordrhein-Westfalen), Wolfgang Schulz (Niedersachsen; stellv. Beisitzer), Norbert Kessler (Schleswig-Holstein; stellvertretender Beisitzer).

Aus dem Bundesvorstand ausgeschieden sind folgende Personen: Brigitte Setzer-Pathe, Peter Vetter, Alfred Deh, Karl Lüneburg, Wolfgang Lange, Ursula Pöhler, Regina Schreiber, Franz-Josef Welter, Peter Ziemer. Auch die Bundesjugendvorsitzenden Armin Dötsch (bis Mai 2006) und Oliver Tomaszewski (bis Mai 2007) gehören dem Bundesvorstand nicht mehr an.

Berliner Erklärung

Sven Picker stellte in seiner Funktion als Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses auf der Bundesverbandstagung des SoVD die Berliner Erklärung vor. Er bezeichnete sie als „Herzstück“ der sozialpolitischen Arbeit des Verbandes in den nächsten vier Jahren. Picker machte in seiner Rede deutlich, was die Mitglieder des Verbandes und die Menschen in Deutschland bewegt: Die Forderung nach mehr Verteilungsgerechtigkeit. Seine Rede war so überzeugend, dass die Delegierten die Berliner Erklärung einstimmig verabschiedeten. Wir werden sie in der nächsten Ausgabe der SoVD-Zeitung im Wortlaut abdrucken.

„Soziale Gerechtigkeit, liebe Freunde, orientiert sich immer an der sozialen Wirklichkeit in diesem Land. Die soziale Wirklichkeit in unserem Land bekommen wir Tag für Tag in unseren Beratungsstellen mit.“ Ohne Umschweife stellte Sven Picker die Verbindung her zwischen dem Engagement der SoVD-Mitglieder und den Problemen, denen sie tagtäglich gegenüberstehen. Hier Abhilfe zu schaffen und entsprechende Forderungen an die politisch Verantwortlichen weiterzugeben, sei das Ziel der Berliner Erklärung. Diese, so Picker weiter,

sei deshalb ein Diskussionsangebot an alle, die Fragen nach der sozialen Gerechtigkeit für sich und für dieses Land beantworten wollen.

Gerecht sei, wenn die Menschen von ihren Löhnen auch ihren Lebensunterhalt bestreiten könnten. Daher habe es sich der SoVD zur Aufgabe gemacht, Armut zu bekämpfen – die Armut der Arbeitslosen und Rentner ebenso wie die der Kinder. Sven Picker machte seinen Unmut deutlich: „So lange in diesem Land über 200 Milliarden jährlich an Steuerhinterziehung, Subventionsbetrug und Steuerverschwendung versickern, so lange muss in diesem Land kein Kind in Armut groß werden.“

Der SoVD werde es nicht zulassen, dass die Generationen in der Rentenfrage auseinander dividiert werden. Aus diesem Grund setzte sich der Verband für eine Erwerbstätigenversicherung ein. Für mehr Gerechtigkeit im Hinblick auf die Altersvorsorge sei aber ebenso eine Reform des Arbeitslosengeldes II erforderlich, damit die Menschen ihre Ersparnisse auch im Alter behalten könnten.

Die Berliner Erklärung, so führte Picker weiter aus, fordert mehr Gerechtigkeit auch im Gesundheitssystem: „Das ist eine derartige Ungerechtigkeit, dass

90 Prozent der Bevölkerung in der gesetzlichen Krankenkasse sind, die gesamte Gesundheitsstruktur in diesem Land bezahlen und wenn es darum geht, Leistungen zu erhalten, dann werden sie als Patienten zweiter und dritter Klasse behandelt. Da sagen wir: Nicht mit uns!“ Die gesetzliche Krankenversicherung müsse in ihren Grundzügen erhalten bleiben. Ziel des SoVD sei eine solidarische Bürgerversicherung, in der alle Bürger versichert sind.

Im Bereich der Pflege machte der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses deutlich, wo für den Verband auch zukünftig die Schwerpunkte liegen: Einsatz im Interesse Pflegebedürftiger für eine menschenwürdige Pflege, Unterstützung pflegender Angehöriger im Sinne einer Entlastung in ihrer täglichen Situation und Engagement für hauptamtlich Pflegenden im Sinne besserer Arbeitsbedingungen im stationären und ambulanten Bereich.

Picker wies explizit auf die Vorreiterrolle hin, die der Sozialverband Deutschland auf dem Feld der Pflege übernommen hat. Der Arbeitskreis Zukunft der Pflege habe ein Pflegezeitgesetz erarbeitet, das als einer der Eckpunkte der Reform der Pflegeversicherung dient. Grund für den Landesvorsitzenden, stolz auf das Erreichte zu sein: „Wir waren der sozialpolitische Motor ... wir sind keine Neinsager oder Blockierer und wir lassen uns auch nicht in diese Ecke stellen. Wir sind eine aktive sozialpolitische Gestaltungskraft in dieser Gesellschaft.“



Sven Picker stellte den Delegierten die Berliner Erklärung vor – mit viel Engagement und Herzblut. Langer und intensiver Applaus war ihm dafür sicher.



Die Totenehrung nahm der amtierende SoVD-Vizepräsident Jürgen Weigel vor.

Totenehrung

Jürgen Weigel, amtierender SoVD-Vizepräsident, sprach die Totenehrung der 16. Bundesverbandstagung. Gemeinsam mit ihm gedachten die anwesenden SoVD-Mitglieder der Opfer von Gewalttaten und Kriegen, der Kinder, Frauen und Männer in allen Ländern. Sie gedachten der Toten beider Weltkriege und aller nachfolgenden Kriege, der Soldaten, die in den Kriegen ihr Leben verloren haben. Der Menschen, die durch Kriegshandlungen starben, die in Gefangenschaft, durch Vertreibung oder Flucht ums Leben kamen. Sie gedachten auch der vielen Toten, die wegen ihres Glaubens oder ihrer Rasse Verfolgung erlitten haben und getötet wurden. Sie gedachten aller Kinder, Männer und Frauen, die wegen einer Krankheit oder Behinderung als lebensunwert ausgesondert und ermordet wurden.

Erinnert wurde an die mutigen Männer und Frauen, die Widerstand gegen Gewalt geleistet und dabei ihr Leben verloren haben. Erinnert wurde an alle, die durch menschliche Gewalt, Verfolgung und Willkür zu Tode gekommen sind, die auch heute noch durch Kriege, Bürgerkriege, terroristische Anschläge und politische Verfolgung zu Tode kommen.

Die Versammelten gedachten der Bundeswehrsoldaten, der zivilen Einsatzkräfte und Angehörigen von Hilfsorganisationen, welche im Auslandseinsatz ihr Leben lassen mussten. Sie gedachten der vielen Menschen, die durch Hunger, Katastrophen und Seuchen täglich sterben und der Opfer von Fremdenhass, falsch verstandenen Ehrbegriffen, von Intoleranz, Gleichgültigkeit und Unmenschlichkeit.

Nicht zuletzt gedachten die Anwesenden aller Mitglieder unseres Bundesverbandes, die in den letzten vier Jahren verstorben sind und gelobten, allen verstorbenen Mitgliedern ein ehrendes Andenken zu bewahren.



Fotos (3): Schlemmer

Die amtierende Frauensprecherin Brigitte Setzer-Pathe sprach in ihrem Bericht u. a. das Thema der eigenständigen Alterssicherung von Frauen an.

Bericht des SoVD-Präsidenten

In seinem Bericht zur 16. Bundesverbandstagung verwies SoVD-Präsident Adolf Bauer darauf, dass der SoVD in der Politik, bei befreundeten Verbänden und in vielen Organisationen und Gremien als ein fachlich kompetenter Verband wahrgenommen werde, dessen Stellungnahmen, Beiträge und Reformvorschläge als konstruktiv und zielführend ernst genommen würden. Genauso wichtig wie die Darstellung des Verbandes nach außen sei die Arbeit innerhalb des Verbandes. Bauer wörtlich: „Wir sind nicht nur ein sozialpolitischer Interessenverband, sondern auch ein



Bundesgeschäftsführer Alexander Schilg geht zum Ende des Jahres in den Ruhestand. Er sagte zum Abschied: „Ich hinterlasse eine gesunde Bundesgeschäftsstelle.“

moderner Dienstleistungsverband für unsere Mitglieder. Wir müssen uns immer wieder bewusst machen, dass unsere Mitglieder die Basis und das Fundament unserer Arbeit sind.“ Die Arbeit vor Ort sei die Grundlage für die Entscheidung vieler Menschen, Mitglied im Sozialverband Deutschland zu werden und zu bleiben. „Sie ist unser Aushängeschild, unsere Eingangstür.“

Bericht der Bundesfrauensprecherin

Die amtierende Frauensprecherin Brigitte Setzer-Pathe betonte die Bedeutung des Themas Pflege für die Frauen. Einerseits würden mehr als 75 Prozent aller Pflegetätigkeiten besonders im häuslichen Bereich von Frauen übernommen. Andererseits sei auch die Mehrzahl der Pflegebedürftigen Frauen. Die Frauen im Bundesfrauenausschuss beschäftigten sich mit dem Thema der Einführung einer Pflegezeit. „Wenn dieses Gesetz in Kraft tritt – wir hoffen zum 1.7. oder 1.8. im nächsten Jahr – dann denken wir Frauen im SoVD immer an die Geburtsstunde dieser Reformidee im Bundesfrauenausschuss.“ In Bezug auf die eigenständige Alterssicherung von Frauen erklärte Setzer-Pathe, neben der Vereinbarkeit von Familie und Beruf werde es insbesondere auch darauf ankommen, verbesserte rentenrechtliche Anrechnungen für die Kindererziehung, aber auch für die häusliche Pflege zu erreichen. Sie warnte davor, dass es nicht bei den niedrigen Durchschnittsrenten der Frauen bleiben und es überhaupt keinen Stillstand geben dürfe. Setzer-Pathe: „Dafür werden wir Frauen weiterhin kämpfen!“

Bericht der Bundesschatzmeisterin

Bundesschatzmeisterin Ingeborg Saffe führte in ihrem Bericht an, dass die Vermögenslage des Bundesverbandes geordnet sei. Die Liquidität sei besser als 2004. Die Einführung des Partner- und Familienbeitrages bewertet sie positiv. Die Spenden der Mitglieder seien allerdings rückläufig.

Bericht der Bundesrevisoren

Den Bericht der Bundesrevisoren

Berichte

legte der Sprecher Reinhard Meyer vor. Im Ergebnis für die geprüften Jahre 2003 bis 2006 für den Bundesvorstand hielt Meyer u. a. Folgendes fest: Die Geschäftsvorfälle des Verbandes wurden vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Jahresabschlüsse sind ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren Unterlagen abgeleitet; der Anhang entspricht den gesetzlichen Anforderungen. Die Liquidität des Bundesverbandes war stets gegeben. *Meyer empfahl den Delegierten dem Bundesvorstand die Entlastung zu erteilen. Der Antrag auf Entlastung wurde einstimmig angenommen.*

Bericht des Bundesvorsitzenden der integ-Jugend

Bundesjugendvorsitzender Nico Hamkens sagte: „Auch wenn die letzten vier Jahre durch diverse personelle Umbrüche bei der integ-Jugend bestimmt waren, können wir doch auf eine erfolgreiche Arbeit zurückblicken.“ Hamkens, der am 9. Juni dieses Jahres zum neuen Bundesjugendvorsitzenden gewählt worden war, bedankte sich bei seinen Vorgängern Oliver Tomaszewski und Armin Dötsch für das jahrelange Engagement in der integ-Jugend. Die Mitgliederzahl, so Hamkens, sei stetig gestiegen, auf zurzeit über 13300 Mitglieder. Das bedeute einen Mitgliederzuwachs von 65 Prozent in den vergangenen vier Jahren. Ziele der integ für die Zukunft seien u. a., die sozialpolitischen Kontakte zu den Jugendorganisationen weiter auszubauen und den eingeleiteten Generationenwechsel fortzuführen. Angestrebt sei ein Altersdurchschnitt von ca. 30 Jahren. Ein Angebot für Menschen ab 30 zu schaffen, wäre eine Aufgabe des Gesamtverbandes, so Hamkens.

Bericht des Bundesgeschäftsführers

Bundesgeschäftsführer Alexander Schilg zog einen Vergleich zur Bundesgeschäftsstelle in Bonn: „Wir, das heißt das Ehren- und das Hauptamt zusammen, können mit Stolz feststellen, dass der SoVD heute über eine Bundesgeschäftsstelle in Berlin verfügt, die klarer strukturiert ist und eigenständig und mit hohem Sachverstand auf den vielfältigen

Gebieten der Verbandstätigkeit arbeitet.“ Schilg verwies darauf, dass der SoVD maximal vier Landesverbände habe, die dank eines guten Mitgliederbestandes auf Dauer aus eigener Kraft lebensfähig seien. Alle anderen seien von der Unterstützung des Bundesverbandes abhängig. Die Bundesgeschäftsstelle unterstütze diese in verwaltungstechnischer Hinsicht im EDV-Bereich, in der Buchhaltung, in der Personalbearbeitung und -abrechnung, mit organisatorischen Hilfen bei allgemeinen Aufgaben sowie mit finanziellen Zuschüssen. Er hinterlasse eine Bundesgeschäftsstelle, die – anders als 1992 bei seiner Amtsübernahme – im Betriebsklima gesund und allen Anforderungen gewachsen sei. Die Eigenverantwortlichkeit der Abteilungen sei gestärkt, die Leistungsfähigkeit und das Erscheinungsbild verbessert worden. Zur Verselbstständigung der Landesverbände sagte er: „Die Verselbstständigung ist beschlossen und gewollt, dagegen ist nichts zu sagen.“ Aber es müsse jetzt, wo es um die Umsetzung gehe, darauf geachtet werden, dass die Verselbstständigung vertraglich so geregelt werde, dass sie nicht zulasten des Bundesverbandes gehe.

Präsident Bauer dankte Schilg für seine Arbeit. Die Bedenken hinsichtlich der Verselbstständigung sind laut Bauer berechtigt. Auch er plädierte dafür, durch eine richtige For-

mulierung dafür zu sorgen, dass der Bundesverband nicht geschwächt werde.

Bericht des Leiters der Abteilung Sozialpolitik

Der Leiter der Abteilung Sozialpolitik beim Bundesverband, Hans-Jürgen Leutloff, sprach davon, dass die sozialpolitische Interessenvertretung nicht einfacher geworden sei. Aber der SoVD habe seine Einwirkungsmöglichkeiten genutzt und gekämpft. „Der SoVD war und ist erster Kämpfer für eine würdevolle Pflege in Deutschland. Wenn es hier in der letzten Zeit positive Entwicklungen gegeben hat, dann war dies in erster Linie auf den Einsatz des SoVD zurückzuführen, und hierauf können wir alle stolz sein.“



Bundesschatzmeisterin Ingeborg Saffe freute sich über die positive Entwicklung der Mitgliederbeiträge.

Wichtige Anträge

Zahlreiche Anträge wurden im Rahmen der 16. Bundesverbandstagung von den Delegierten verabschiedet. Hier einige der wichtigsten Anträge:

Initiativantrag gegen die drohende Zwangsverrentung von älteren Arbeitslosen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, mit einer gesetzlichen Regelung sicherzustellen, dass ältere Arbeitslosengeld-II-Bezieherinnen und -Bezieher nicht gegen ihren Willen in eine vorgezogene Altersrente mit Abschlägen gezwungen werden können. Hintergrund ist das Auslaufen der 58-er Regelung Ende 2007. Danach können die Arbeitsagenturen Arbeitslose über 60 Jahre auch gegen ihren Willen in Rente schicken. Der SoVD fordert: „Oberstes Ziel muss sein, die Frühverrentungspraxis zu beenden und die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu erhöhen.“

Zuzahlungen für Arznei- und Hilfsmittel. Der Bundesverband wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Menschen, die in Pflege- oder Behinderteneinrichtungen leben und Leistungen vom Sozialamt erhalten, von den Zuzahlungen zu Gesundheitsleistungen befreit werden. Kosten für verschreibungspflichtige Medikamente, Brillen, Hilfsmittel und Fahrten zur ambulanten Behandlung sollten von den Kassen übernommen werden.

Pflegeversicherung. Der SoVD spricht sich energisch für den Erhalt der derzeitigen umlagefinanzierten Pflegeversicherung aus. Sie habe sich bewährt und stelle den Baustein einer künftigen solidarischen Bürgerversicherung dar.

Wohnformen bei Pflege und im Alter. Mit Beschluss dieses Antrages wird sich der Bundesvorstand in den nächsten Jahren für ein größeres Angebot an alternativen Wohnformen einsetzen. Wohngemeinschaften, Mehrgenerationenwohnungen und Mehrgenerationenhäuser können Menschen im Alter und bei Pflegesituationen demnach die Möglichkeit geben, in ihrem gewohnten Wohnumfeld zu bleiben.

Mindestlohn. Immer mehr Menschen sind trotz einer Vollzeitbeschäftigung auf staatliche Unterstützung angewiesen. Der SoVD fordert daher die Bundesregierung auf, einen gesetzlichen Stundenlohn von mindestens 7,50 Euro einzuführen.

Keine Erhöhung des Mitgliedsbeitrages. Beitragsänderungen soll es für die SoVD-Mitglieder weder in der Einzel- noch in der Partner- oder Familienmitgliedschaft geben. Mitgliederschwache Landesverbände werden auch weiterhin durch den Bundesverband unterstützt. Gemeinsame Werbeaktionen sollen die Mitgliederzahlen in kleineren Landesverbänden stärken.

Entwicklung von Medikamenten. Der Bundesverband setzt sich dafür ein, dass verstärkt Medikamente entwickelt werden, die auf die speziellen Belange von Frauen und Kindern Rücksicht nehmen. Medikamente sollten vor deren Zulassung geschlechts- und altersspezifisch erforscht werden.

Erziehungsgeld. Der SoVD setzt sich dafür ein, neben dem Elterngeld auch das Erziehungsgeld wieder einzuführen. Menschen mit geringem Einkommen und alleinerziehende Mütter wären so weniger benachteiligt, da das Erziehungsgeld einkommens- und vermögensneutral an alle Eltern des Landes ausbezahlt wird.

Aus den schriftlichen Grußworten

„Der Sozialverband Deutschland meldet sich in der politischen Diskussion mit klaren Positionen zu Wort und bietet vielen Menschen wertvollen Rat und Unterstützung in sozialrechtlichen Fragen. Wir brauchen Organisationen, die sich für gesellschaftliche Solidarität stark machen. Und wir brauchen Menschen, die diese Solidarität leben. (...) Die Stimme des SoVD bereichert die sozialpolitische Diskussion in Deutschland.“

Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin

„Wir leben in Deutschland in einem Sozialstaat, der von den Prinzipien Solidarität und soziale Gerechtigkeit geprägt ist. Diese Prinzipien werden tagtäglich durch zahlreiche Institutionen und Menschen mit Leben erfüllt. Auch der Sozialverband Deutschland orientiert sich seit fast einem Jahrhundert an den Grundprinzipien der Solidarität und des Gemeinwohls und dafür danke ich

ihm bzw. Ihnen allen. (...) Ich bin überzeugt, dass der SoVD sich auch künftig aktiv bei der Weiterentwicklung unseres Sozialstaates einbringen wird.“

Ulla Schmidt, Bundesministerin für Gesundheit

Ich schätze die Sachkompetenz des SoVD ebenso wie das konsequente soziale Engagement. Beides wird getragen vom hauptamtlichen und freiwilligen Engagement vieler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort, nah an denjenigen, die Hilfe brauchen. (...) Ich bin davon überzeugt, dass der SoVD auch in den nächsten Jahren ein kritischer, sachkundiger und konstruktiver Partner in sozialen Belangen bleibt.“

Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

„In diesem Jahr hat die Tagung einen besonderen Anlass: Der Sozialverband Deutschland feiert sein 90-jähriges Bestehen. Seit 90

Jahren engagieren sich die Mitglieder des SoVD für behinderte Menschen und die sozialpolitische Entwicklung in Deutschland. Sie arbeiten vor Ort mit den betroffenen Menschen. Sie sind es, die als erste spüren, wenn eine Entwicklung – in die falsche Richtung läuft. Aus diesem Grund ist der SoVD für mich (...) ein sehr wichtiger Ansprechpartner. (...) Das SGB IX, das Behindertengleichstellungsgesetz und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz etwa, haben die Grundlagen für einen Paradigmenwechsel in der Behindertenpolitik in Deutschland gelegt. Sie einhalten große Chancen für Menschen mit Behinderungen. Der SoVD hat durch seine Kritik, aber natürlich auch durch seinen Zuspruch maßgeblich dazu beigetragen, dass diese Gesetze auf den Weg gebracht werden konnten.“

Karin Evers-Meyer, Beauftragte der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen

SoVD-Kampagne Gut tun – tut gut

Machen Sie mit!
10 000 gute Taten
bis zum Ende des Jahres!

Die Gutscheinaktion ist in vollem Gang. Auch zahlreiche Bundestagsabgeordnete beteiligten sich mit eigenen guten Taten an der Aktion. Vom Vorlesen in Seniorenheimen über Kindertagesstätten bis hin zur Mithilfe bei der Essensausgabe in Obdachloseneinrichtungen haben Politiker aller Parteien quer durch die Republik Gutscheine eingelöst. Wir berichten in der Dezember-Ausgabe ausführlich.

Machen auch Sie mit! Die Idee ist ganz einfach. Per Gutschein können Sie eine gute Tat verschenken. Überlegen Sie sich einfach, wem Sie in Ihrem Umfeld eine kleine Freude machen wollen, schreiben Sie Ihre Idee auf den Gutschein und überreichen Sie diesen der

betreffenden Person. Ihrer Fantasie für gute Taten sind hierbei keine Grenzen gesetzt. Alles was andere glücklich macht, kann per Gutschein verschenkt werden. Überreichen Sie Personen des öffentlichen Lebens, in Ihrer Umgebung einen Gutschein mit der Bitte, jemanden eine gute Tat zu verschenken. Unser Ziel sind 10000 gute Taten für ganz Deutschland.

Gutscheine erhalten Sie in Ihrer Landesgeschäftsstelle, in der Bundesgeschäftsstelle (Abteilung Zentrale Aufgaben, Stralauer Str. 63, 10179 Berlin) oder direkt über die Kampagnen-Botschafter.

Wenn sich nur jedes fünfzigste SoVD-Mitglied an der Aktion beteiligt, können 10000 gute Taten vollbracht werden. Machen Sie mit und fordern Sie die Gutscheine an! Berichten Sie uns über Ihre gute Tat: Sie können auf der Internetseite www.gut-tun-tut-gut.de in der Rubrik „10000 gute Taten“ mitteilen, was für eine gute Tat Sie verschenkt haben! Oder schicken Sie uns eine E-Mail an gutschein@sovd.de und erzählen Sie, wie Sie den Gutschein eingelöst haben.

Nähere Auskünfte und Informationen erhalten Sie auch an unserer Kampagnenhotline bei Bettina Keller unter Tel.: 030/72 62 22-199, dienstags bis donnerstags von 11 bis 16 Uhr, oder per E-Mail unter kampagne@sovd.de.

Herzlichst Ihr Kampagnenteam

Die Nominierten für die Gut tun – tut gut-Preise

Die Preisträger des Gut tun – tut gut-Preises stellten wir in der vergangenen Ausgabe der SoVD-Zeitung vor. Aus mehr als 130 Einsendungen stellte die Jury jeweils eine Favoritenliste zusammen, auf der Kandidaten für den Einzelpreis bzw. Kandidaten für den Gruppenpreis standen. Aus diesen Nominierungen wurden die endgültigen Preisträger ausgewählt.

Die Nominierten für den Einzelpreis waren:

Bodo Deiters, Rentner aus Niedersachsen, war als Programmierer in der Computerbranche tätig. Er gibt PC-Kurse in Word und Excel für Kinder und ältere Menschen. Darüber hinaus setzt er Liedtexte in eine größere Schrift.

Edith Ehlers aus Hamburg ist berufstätig und trotz Schwerbehinderung ehrenamtlich engagiert. Sie bietet Mal- und Bastelnachmittage im Altenheim an, in dem ihre Mutter bis zu ihrem Tod 2006 wohnte.

Christine Enters aus Thüringen betreut ältere und behinderte Menschen, organisiert einen Fahrdienst und sammelt Lebensmittel für Bedürftige. Sie ist selbst behindert und hat ein behindertes Kind.

Elke Heldt aus Schleswig-Holstein spielt regelmäßig mit ihrer Ziehharmonika im Altersheim. Sie spielt Volkslieder und Schlager, die sich die Bewohner wünschen. Sie hat Liederbücher in großer Schrift erstellt.

Heidemarie Hildebrand aus Schleswig-Holstein hilft seit Jahren einer alleinerziehenden Mutter und betreut das Kind nach der Schule. Durch ihre Hilfe war und ist das Kind in der Schule erfolgreich.

Ursula Mielich aus NRW spielt Volkslieder auf der Ziehharmonika in einer Mundharmonika-Gruppe

in einem Seniorenheim. Manch einer erinnert sich wieder an Texte, die er meinte, vergessen zu haben und singt mit.

Uwe Simanowski aus Niedersachsen konnte nach einem Unfall nicht mehr als Anlageberater arbeiten. Heute erfreut er Kinder und pflegebedürftige Menschen in Heimen mit selbst geschriebenen Geschichten.

Eberhard Uecker aus Thüringen trainiert Kinder und Jugendliche in der Freizeit im Sport. Uecker möchte seine Lebenserfahrungen trotz seiner Behinderung nach einem Herzinfarkt und Schlaganfall weitergeben.

Die Nominierten für den Gruppenpreis waren:

Ortsverband Wathlingen, Landesverband Niedersachsen: Gisela Dietterle hat eine Strickgruppe gegründet. In der Gruppe werden Mützen und Schühchen für Frühgeborene gestrickt, die auf der Intensivstation im Allgemeinen Krankenhaus Celle liegen. Gisela Dietterle ist selbst Großmutter eines Frühchens. In der Strickgruppe sind mittlerweile neun Damen beschäftigt. Außerdem begleitet Gisela Dietterle mit vier Frauen als Vorlesepatinnen Kinder im Kindergarten „Spatzennest“.

Kreisverband Tiergarten, Landesverband Berlin-Brandenburg: Rita Krüger-Bieberstein initiierte ein Sorgentelefon (siehe dazu ihr Botschafterportrait). Immer wieder macht man im Kreisverband Tiergarten die Erfahrung, dass Mitbürger sich vom Staat allein gelassen fühlen und gern das Sorgentelefon in Anspruch nehmen. Und dabei merken auch die SoVD-Freiwilligen, dass gut tun tut, wenn einem Ratsuchenden geholfen werden konnte.

Kreisverband Rathenow, Landesverband Berlin-Brandenburg: Jutta

Schefski betreut mit einem Team von zehn ehrenamtlichen Helferinnen 25 alte Menschen zwischen 65 und 90 Jahren. Viele sind alleinstehend und haben sonst niemanden. Für sie ist es eine große Hilfe, wenn sie zum Einkaufen oder zum Arzt begleitet werden oder jemand Zeit für ein Gespräch hat. Jutta Schefski organisiert, dass sie zu geselligen Veranstaltungen abgeholt werden. Sie hat gute Kontakte zum örtlichen Altersheim. Den alten Menschen macht es große Freude, wenn sie ihren Hund ins Heim mitbringt. Die Kooperation mit einer Schule ermöglicht, dass Kinder der 4. Klasse zum Singen ins Heim kommen. Darüber hinaus wird z.B. eine kostenlose Weitergabe an Möbeln für sozial Bedürftige organisiert.

Kreisverband Wilhelmshaven, Landesverband Niedersachsen: Einmalig im SoVD ist der Sozial-Info-Laden in Wilhelmshaven, der sich als Anlaufstelle für viele Menschen etabliert hat. Der Kreisverband bietet auch einen Gesprächskreis „Sucht“ in Schulen, Krankenhäusern, Haftanstalten und Psychiatrien, einen Besuchsdienst, Basare in Altenpflegeeinrichtungen, Handarbeitskurse und kreatives Gestalten. Der Vorsitzende Hans-Peter de Vries hat auch in seinem Amt als Botschafter viele Gut-tun-Projekte entwickelt, wie zum Beispiel die Backaktion. Kinder aus einem Kindergarten backten gemeinsam mit Bewohnern in einer Seniorenwohnanlage Gut-tun-Kekse.

Wir danken an dieser Stelle den ehrenamtlich Aktiven herzlich für ihr Engagement!



In der Illustrierten „Auf einen Blick“ erscheint am 29. November ein letzter Bericht über unsere Kampagne mit Jutta Schefski.

„Der Mensch mit seinen Sorgen steht immer im Mittelpunkt“

Eine der Botschafterinnen des Landesverbandes Berlin-Brandenburg ist Rita Krüger-Bieberstein (58). Für die gelernte Krankenschwester, die mehr als 40 Jahre in einem Krankenhaus in Berlin gearbeitet hat, ist Gutes tun bereits aus ihrer Berufstätigkeit selbstverständlich. „Für mich standen die Patienten als Menschen mit ihren Sorgen und Nöten immer im Mittelpunkt“, eine



Rita Krüger-Bieberstein, Botschafterin des Landesverbandes Berlin-Brandenburg

Einstellung, die Rita Krüger-Bieberstein nun als Botschafterin für Gut tun – tut gut weiterlebt. Sie ist zum Sozialverband Deutschland gekommen, weil sie merkte, dass ältere und behinderte Menschen gerade in einer großen Stadt wie Berlin schnell vereinsamen können und immer weniger Zutrauen haben. Als Schatzmeisterin im Kreisverband Tiergarten war sie schon aktiv und hat durch unzählige Telefongespräche und Briefkontakte versucht, Mitglieder zu motivieren, in die Kreisgeschäftsstelle zu kommen und dadurch Kontakte zu knüpfen und Gemeinsamkeit zu erfahren. Nachdem der SoVD die Kampagne Gut tun – tut gut ins Leben gerufen hat,

nutzte sie ihre Erfahrungen aus den Kontakten mit den Mitgliedern und initiierte ein Sorgentelefon, welches Lebensberatung für alle ratsuchenden Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk Tiergarten anbietet. Unterstützung fand sie dabei beim Kreisvorstand, der auf Landesebene ein Tagesseminar zur organisatorischen Vorbereitung und inhaltlichen Gestaltung von Lebensberatung durchführte. Jeden Mittwoch

zwischen 16 und 18 Uhr finden Bürgerinnen und Bürger Rat und Hilfe bei einem der sieben Tiergartener Mitglieder, die das Sorgentelefon betreuen.

Für die Initiatorin dieser mittlerweile sehr erfolgreichen Einrichtung ist es immer wieder schön und erfüllend zu sehen, wie sich Menschen freuen, wenn man ihre Belange ernst nimmt, ihnen aufmerksam und einfühlsam zuhört, ihnen oft auch bereits weiterhelfen kann und so merkt, dass gut tun auch gut tut.

Mitglieder, die Fragen haben oder Informationen zur Kampagne in Berlin-Brandenburg möchten, erreichen Rita Krüger-Bieberstein über die Kreisgeschäftsstelle Tiergarten, dienstags von 14 bis 18 Uhr, Tel.: 030/3 95 95 49.

SOS Kinderdorf Lütjenburg beim SoVD-Familientag im HANSA-PARK

Rund 50 Kinder im Alter zwischen 5 und 17 Jahren waren gemeinsam mit ihren Kinderdorfmüttern und Betreuern zu Gast beim großen Familientag des schleswig-holsteinischen SoVD im HANSA-PARK Sierksdorf. Vor Ort begrüßt wurden die Kinder vom SoVD-Landesvorsitzenden Sven Picker und der Landesfrauensprecherin Jutta Kühl (im Bild re.). Als Begrüßungsgeschenk erhielt jedes Kind einen Roland-Bären.



Knut tut gut - Berliner Zoo schenkte Kindern einen unvergesslichen Nachmittag mit dem Eisbären

Der Berliner Zoo hat sich mit einer guten Tat an der Aktion „10000 gute Taten für Deutschland“ beteiligt. Unter dem Motto „Knut tut gut“ lud der Zoo eine Gruppe von Kindern des Albert-Schweitzer-Kinderdorfes zu einem Besuch bei dem zehn Monate alten Eisbären ein. Vor dem Bärengehege erfolgte die Übergabe des Gutscheins an die Kinder, in Anwesenheit des 1. Landesvorsitzenden des SoVD Berlin-Brandenburg, Michael Wiedeburg. Anschließend konnten die 20 Kinder bei der Fütterung der Eisbären zusehen und einen Blick hinter die Kulissen werfen: Mit sachkundiger Führung wurde das Flusspferdhaus besichtigt. Für die Kinder war es ein unvergesslicher Nachmittag.



Foto: Schlemmer

Dr. Gerald R. Uhlich (Direktor des Berliner Zoos) bei der Gutschein-Übergabe an Kinder des Albert-Schweitzer-Kinderdorfes.

Auftaktveranstaltung des 4. Deutschen Reha-Tages erstmals in Rheinland-Pfalz

Vernetzung dient dem Patienten

Mit dem Motto „REchtzeitig HAndeln - Reha vernetzt“ stand der 4. Deutsche Reha-Tag ganz im Zeichen der Kooperation. Erstmals richtete Rheinland-Pfalz die bundesweite Auftaktveranstaltung aus. Die Veranstaltung fand am 22. September von 9 bis 17 Uhr in Bad Kreuznach im „Haus des Gastes“ statt und stand unter der Schirmherrschaft der rheinland-pfälzischen Sozialministerin Malu Dreyer.

Ziel des jährlich durchgeführten Reha-Tages ist es, den Stellenwert von Rehabilitation hervorzuheben. Das Motto „REchtzeitig HAndeln - Reha vernetzt“ machte deutlich, dass eine erfolgreiche Rehabilitation die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten beinhaltet. Eine solche „Teamwork“ setzt die Möglichkeit zur Begegnung und Vernetzung voraus - hierfür ein Forum zu schaffen, ist in Bad Kreuznach gelungen.

Schirmherrin der Veranstaltung war die rheinland-pfälzische Sozialministerin Malu Dreyer. Sie wurde von Dr. Gerald Gaß, Abteilungsleiter Gesundheit, vertreten.

Neben dem 1. Direktor der Deutschen Rentenversicherung Rheinland-Pfalz, Hartmut Hüfken, dessen Haus die umfangreiche Organisation und Vorbereitung der Auftaktveranstaltung federführend übernommen hatte, war auch Franz Thönnies zu-

gegen. Der parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales wollte gemeinsam mit allen Anwesenden die Idee, Rehabilitationsmöglichkeiten zu vernetzen, in die Wirklichkeit umsetzen. Denn ein erfolgreiches Reha-Management sei in der Lage, Frühverrentung und Pflegebedürftigkeit zu vermeiden sowie Lebensqualität und selbstbestimmte Teilhabe am Leben in der Gesellschaft und am Arbeitsleben zu sichern.

Neben Reha-Trägern, Vertretern der Kliniken sowie der Verwaltung ist auch der Sozialverband Deutschland einer der Partner, der sich der Aufgabe eines erfolgreichen Reha-Managements verschrieben hat. Der Landesverband Rheinland-Pfalz/Saarland nahm daher die Chance wahr, sich im Rahmen der Auftaktveranstaltung in Bad Kreuznach mit einem Stand zu präsentieren. Der 1. Landesvorsitzende, Richard Dörzapf, der Landesschatzmeister Werner Schlaus und der 1. Vorsitzende des Kreisverbandes Bad Kreuznach-Mainz-Bingen, Jürgen Remmet, standen für die Fragen der Besucher des Reha-Tages zur Verfügung und stellten somit vor Ort die Kompetenz des SoVD im Bereich Rehabilitation unter Beweis.



Werner Schlaus, Richard Dörzapf und Jürgen Remmet (von li.) führten auf dem Reha-Tag fruchtbare Gespräche mit Besuchern und Fachpublikum.

Korrekturen an der Agenda 2010

SPD-Parteitag billigt längere Zahlung von ALG I für Ältere

Ende Oktober hat die SPD auf ihrem Parteitag in Hamburg einen Beschluss gefasst, nach dem sie sich dafür einsetzen will, älteren Menschen zukünftig länger Arbeitslosengeld (ALG) I zu zahlen. Mit dem Beschluss hat Parteichef Beck ein wochenlanges Tauziehen gegen Vizekanzler Müntefering gewonnen. SoVD-Präsident Bauer begrüßte die Entscheidung. Es sei ungerecht, wenn Arbeitnehmer, die jahrzehntelang in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, bereits nach 18 Monaten Arbeitslosigkeit in Hartz IV abrutschen.

Der von SPD-Chef Kurt Beck vorangetriebene Beschluss des Parteitages orientiert sich an einem Modell des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Danach soll der längere Bezug von ALG I vom Lebensalter der Betroffenen abhängen. Arbeitnehmer ab 50 erhielten demnach bis zu 24 Monate lang Leistungen nach Arbeitslosengeld I - vorausgesetzt sie sind zuvor mindestens drei Jahre lang einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachgegangen. Bisher wird ALG I für maximal 18 Monate gezahlt.

Bundesarbeitsminister Franz Müntefering hatte Kor-

rekturen an der Agenda 2010



Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck (li.) und Vizekanzler Franz Müntefering demonstrierten auf dem Parteitag in Hamburg Einigkeit.

rekturen an der von der Vorgängerregierung verabschiedeten Agenda 2010 im Vorfeld des Parteitages vehement abgelehnt. Noch im November vergangenen Jahres hatten SPD-Politiker eine längere Zahlung des Arbeitslosengeldes I ausgeschlossen. Damals verabschiedete die CDU auf ihrem Bundesparteitag in Dresden einen Antrag des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Jür-

gen Rüttgers. Dieser sah vor, den Bezug von ALG I entsprechend der Jahre zu staffeln, die zuvor in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt wurde. Wer beispielsweise 15 Jahre eingezahlt hat, sollte danach 15 Mo-

nate lang ALG I erhalten, bis hin zu einer Bezugsdauer von 24 Monaten für mindestens 40 Beitragsjahre. Inwiefern es zwischen den Regierungsparteien SPD und CDU zu einem Kompromiss beim Arbeitslosengeld kommt, wird sich beim Treffen des Koalitionsausschusses Anfang November zeigen. Hauptstreitpunkt dürfte die Finanzierung sein. Angela Merkel stellte klar, dass

Korrekturen am ALG I in jedem Fall „kostenneutral“ sein müssten.

Der CDU-Vorschlag, die Zahlungsdauer für jüngere Arbeitslose im Gegenzug zu kürzen, stieß beim SoVD auf scharfe Ablehnung. Verbandspräsident Adolf Bauer erklärte, Jung und Alt dürften nicht gegeneinander ausgespielt werden. Er forderte parallel zu den geplanten Erleichterungen für ältere Arbeitslose auch verstärkte Anstrengungen im Bereich Qualifizierung und Weiterbildung.

Mit ihrem Beschluss plädiert die SPD ferner für flexiblere Übergänge in die Rente. Durch eine stärkere Ver-

zahnung von Teilrente und Alters-

zeitzeit soll ab 2010 ein flexiblerer Übergang in den Ruhestand vom 60. Lebensjahr an ermöglicht werden. Hierzu erklärte Bauer, das Allerwichtigste für ältere Arbeitnehmer sei ein neuer Job. Es dürfe auf keinen Fall ein Zurück zu einer Frühverrentungspolitik geben, bei der Unternehmen ältere Mitarbeiter vor die Tür setzen.

Parlamentarisches Gespräch

Im Rahmen des 4. Reha-Tages fand am 10. Oktober in den Räumen der Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin ein Parlamentarisches Gespräch statt. Die Vizepräsidentin des SoVD, Marianne Saarholz, hielt die Begrüßungsrede. Sie verwies darauf, dass in zahlreichen gemeinsamen Veranstaltungen und Aktionen Kliniken und Reha-Einrichtungen das Vernetzungspotenzial der Rehabilitation in der Gesundheits- und Teilhabesicherung bundesweit demonstriert haben. Saarholz wört-



Marianne Saarholz hielt die Begrüßungsrede zum Parlamentarisches Gespräch.

lich: „Vernetzung heißt, dass in diesem Jahr die multiprofessionelle Behandlung und Rehabilitation betroffener Menschen im Mittelpunkt des Reha-Tages steht. Denn die Hauptadressaten der Rehabilitation - behinderte, chronisch kranke oder hiervon bedrohte Menschen - brauchen eine oft lebenslange und Sektoren übergreifende Betreuung, die die verschiedenen Dienstleistungen wirksam vernetzt.“ Die medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitations-Einrichtungen in der Bundesrepublik würden diese Vernetzung bereits vielerorts erfolgreich umsetzen. Saarholz betonte, dass die Rehabilitation ein unverzichtbares Leistungsangebot im Verbund unserer Gesundheits- und Teilhabesicherung sei.

Der Reha-Tag 2007 solle und könne zeigen, was Rehabilitation als bereichsübergreifende Behandlungs- und Versorgungsform zusammen mit Betroffenen bewirke. Hierfür sei es unabdingbar, die institutionelle Vernetzung und Zusammenarbeit aller Beteiligten stärker als bisher voranzutreiben. Deshalb fordert und fördert der Deutsche Reha-Tag das Schaffen von Gesundheits- und Rehabilitations-Netzwerken vor Ort und in der Region.

ALG II: Keine Kürzung bei Krankenhausaufenthalt

Der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages hat sich einstimmig dagegen ausgesprochen, Beziehen von Arbeitslosengeld (ALG) II im Falle eines Krankenhausaufenthaltes die Leistungen zu kürzen. Bisher führt die Bereitstellung von Verpflegung im Krankenhaus bei Arbeitslosen zu einer Kürzung ihrer Regelleistung von bis zu 35 Prozent. Nach Ansicht des Petitionsausschusses fehlt hierfür jedoch die Rechtsgrundlage, da das Sozialgesetzbuch (SGB) II von einer Pauschalisierung der Leistungen ausgeht. Dieses Prinzip sehe ausdrücklich vor, Besonderheiten des Einzelfalles auszublenden, um somit eine Gleichbehandlung der Bedürftigen und eine Vereinfachung der Verwaltung zu gewährleisten.

Entwurf der Pflegereform: SoVD kritisiert Meldepflicht

Der Sozialverband Deutschland kritisiert die im Rahmen der Pflegereform vorgesehene Meldepflicht für Ärzte und Krankenhäuser bei Folgen von Schönheitsoperationen, Tätowierungen oder Piercings.

Die vom SoVD aufgedeckte Neuregelung von § 294a SGB V im Referentenentwurf der Pflegereform ist im Gesetzentwurf zwar verändert worden, es bleibt aber dabei, dass Ärzte und Krankenhäuser der Krankenkasse melden müssen, wenn eine Erkrankung die Folge einer Schönheitsoperation, einer Tätowierung oder eines Piercings ist. Die Meldung an die Krankenkasse ist die Grundlage dafür, dass die Patienten einen Teil der Kosten für die Folgebehandlung selbst bezahlen müssen.

Auch wenn die Meldepflicht der Ärzte und Krankenhäuser sich jetzt auf die Folgen von Schönheitsoperationen, Tätowierungen und Piercings beschränkt, ist eine Verpflichtung zum Bruch der ärztlichen Schweigepflicht grundsätzlich abzulehnen. Die Ärzte werden damit zu Erfüllungsgehilfen der

Krankenkassen gemacht.

Der SoVD hält daher an seiner Kritik fest und lehnt es entschieden ab, dass die ärztliche Schweigepflicht ausgehöhlt werden soll. Damit wird das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient schwer beeinträchtigt. Hier darf kein Präzedenzfall geschaffen werden.

Die umstrittene Neuregelung bezieht sich auf § 52 SGB V der Gesundheitsreform 2007, wonach die Krankenkassen Patienten bei einer selbstverschuldeten Erkrankung an den Behandlungskosten beteiligen können. Bislang lief diese Regelung ins Leere, weil die Krankenkassen gar nicht feststellen konnten, ob eine Folgeerkrankung selbstverschuldet ist. Die Meldepflicht für Ärzte und Krankenhäuser soll die Umsetzung von § 52 SGB V ermöglichen.

Aktion des Künstlers Matt Lamb in Berlin

SoVD-Kinder machten mit bei bunter Schirmparade für den Frieden

Mehr als 2500 Kinder, darunter 200 Kinder des SoVD aus NRW und Berlin-Brandenburg, sind am 12. Oktober in Berlin mit Friedenssymbolen und bunt bemalten Regenschirmen vorbei am Brandenburger Tor zum Reichstag gelaufen. Die Aktion „Schirme für den Frieden“ war von dem irischen Maler Matt Lamb nach den Terroranschlägen auf das World Trade Center in New York 2001 ins Leben gerufen worden. Er hatte damals zusammen mit Kindern, die ihre Eltern durch die Anschläge verloren hatten, Regenschirme bemalt.

Die Idee, sich an der Schirmparade in Berlin zu beteiligen, stammt von SoVD-Vizepräsidentin Marianne Saarholz. Schon Wochen vorher gestalteten Kinder des SoVD NRW und Berlin-Brandenburg ihre Schirme. Ihnen machte es unglaublich Spaß, die Schirme zu bemalen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Richtig künstlerisch sind die Schirme mit Friedenssymbolen, Erdkugeln und Länderflaggen, bunt und fröhlich.

Die Kinder des SoVD NRW, viele von ihnen mit Migrationshintergrund, freuten sich mit ihrer Lehrerin Anne-Dörthe Lorenz (Beisitzerin des SoVD-Landesvorstandes NRW) und Klaus-Dieter Skubich (2. Vorsitzender des Kreisverbandes Dortmund) auf die Reise nach Berlin. Am Morgen wurden sie vom 1. Landesvorsitzenden des SoVD Berlin-Brandenburg, Michael Wiedeburg, in Empfang genom-

men. Gemeinsam fuhr man dann zum Sammelpunkt vor dem Kleisthaus, um sich mit den Kindern des SoVD Berlin-Brandenburg zu treffen. Als die Parade startete, präsentierten über 2500 Kinder aus ganz Deutschland voller Stolz ihre Schirme, um ein Zeichen für den Frieden zu setzen. Nach der Parade hatten die SoVD-Kinder die Möglichkeit, den Künstler Matt Lamb persönlich kennenzulernen.

Das Medienecho war groß. Nicht nur die Presse räumte diesem Tag viel Platz ein, auch das Fernsehen wie der Kinderkanal, der RBB oder das FAB würdigten Matt Lamb und seine Aktion „Schirme für den Frieden“.

Den Nachmittag und Abend nutzten die SoVD-ler aus NRW, um Berlin mit dem Schiff und zu Fuß zu erkunden. Bevor es am Abend wieder nach Hause ging, gab es ein ordentliches Mittagessen im Restaurant „Ännchen von Tharau“ in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle.

Die Schirmherrschaft für die Veranstaltung hatte Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD). Die Hauptstadt war die 22. Station auf der Welttour. Den Schlusspunkt soll in eineinhalb Jahren eine Schirmparade vor dem Gebäude der Vereinten Nationen (UN) in New York setzen.



Foto: Schlemmer

Einige Kinder des SoVD NRW und Berlin-Brandenburg präsentierten voller Stolz ihre Schirme.

SoVD mit Stand auf Fachmesse vertreten

Die Rehacare 2007 in Düsseldorf – ein „Marktplatz der Informationen“

Insgesamt 47000 Betroffene und Fachleute informierten sich Anfang Oktober auf der Rehacare International, der Fachmesse für Menschen mit Behinderungen. An der weltgrößten Messe für Rehabilitation und Pflegebedarf beteiligte sich auch der SoVD gemeinsam mit dem Berufsbildungswerk Bremen.

Auch in diesem Jahr wurde der SoVD durch den Landesverband Nordrhein-Westfalen repräsentiert. Zahlreiche Besucher nutzten das breite Informations- und Beratungsangebot auf der Messe. Die SoVD-Mitarbeiter beantworteten Fragen zum Sozialrecht und zur sozialpolitischen Arbeit des Verbandes. Das SoVD-Berufsbildungswerk Bremen bot alkoholfreie Cocktails an, die bei den Besuchern ausgesprochen beliebt waren.

Insgesamt über 800 Aussteller aus 32 Ländern, darunter auch viele Selbsthilfeorganisationen,

stellten ihre Produkte, Dienstleistungen und Hilfsangebote für Menschen mit Behinderungen und Pflegebedarf vor. Themenschwerpunkt in diesem Jahr war barrierefreies Bauen und Wohnen. Geboten wurde auch ein umfangreiches Seminar- und Vortragsangebot. So hielt Sabine Häfner, Referentin beim SoVD-Bundesverband, einen Vortrag über die UN-Konvention zu den Rechten der Menschen mit Behinderungen.

Im Rahmen der Rehacare kam es auch zu einem Austausch mit Vertretern der Politik. SoVD-

Vizepräsidentin Marianne Saarholz traf sich zu einem behindertenpolitischen Austausch mit den Bundestagsabgeordneten Silvia Schmidt und Rolf Stöckel. Silvia Schmidt, Behindertenbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, ist Begründerin der bundesweiten Initiative „Daheim statt Heim“.

In einer gemeinsamen Erklärung forderten Schmidt und Saarholz einen pflegepolitischen Kurswechsel: „Behinderte und pflegebedürftige Menschen gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. Unser gemeinsames Ziel ist, dass künftig mehr behinderte und pflegebedürftige Menschen in ihrer eigenen Wohnung oder in neuen Wohnformen wie zum Beispiel Haus- und Wohngemeinschaften leben können.“ Sie hätten ein Recht auf selbstbestimmtes Leben und volle Teilhabe. Das im SGB IX verankerte Wunsch- und Wahlrecht behinderter und pflegebedürftiger Menschen müsse eingelöst werden. Hierfür müsse der Auf- und Ausbau alternativer Wohn- und Betreuungsformen und bedarfsdeckender vernetzter Unterstützungsangebote vorangetrieben werden. Nur so könne „Daheim statt Heim“ auch Wirklichkeit werden.

Die nächste Rehacare findet vom 15. bis 18. Oktober 2008 statt. Weitere Informationen und eine Bildergalerie zur Messe finden Sie im Internet unter www.sovd-nrw.de/aktuelles.



Foto: Gehms

Gute Laune dank des Berufsbildungswerkes Bremen (von li.): Teamleiter Helmut Brandt, Geschäftsführer Gerd Meyer-Rockstedt und die Auszubildenden Denis Blount, Jennifer Erlenkamp und Stefanie Boguslawski.



Foto: Kugler/Bundesregierung

Warben bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (Mitte) für die Stärkung der Rechte behinderter Menschen (1. Reihe von li.): Robert Antretter (Bundvorsitzender der Lebenshilfe), Walter Hirrlinger (VdK-Präsident), Horst Frehe (derzeit DBR-Sprecherratsvorsitzender), Karin Evers-Meyer (Behindertenbeauftragte der Bundesregierung). 2. Reihe von li.: Barbara Vieweg (Geschäftsführerin ISL), Brigitte Setzer-Pathe (amtierende SoVD-Frauensprecherin), Hannelore Loskill (stellvertretende Bundesvorsitzende BAG-Selbsthilfe).

DBR setzte sich bei Merkel für Rechte Behinderter ein

Die Mitglieder des Sprecherrates des Deutschen Behindertenrates (DBR) haben im September bei einem Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel für eine rasche Ratifikation der UN-Konvention für die Rechte behinderter Menschen geworben.

Auch in Deutschland besteht in vielen der in der Konvention aufgeführten Bereiche weiterer Handlungsbedarf, um Menschenrechte für behinderte Frauen, Männer und Kinder zu garantieren. Hierzu gehören beispielsweise die Schaffung einer umfassenden Barrierefreiheit sowie eine bessere Einbeziehung behinderter Kinder in das allgemeine Schulsystem. Die amtierende SoVD-Frauensprecherin, Brigitte Setzer-Pathe, betonte deshalb der Bundeskanzlerin gegenüber die Notwendigkeit, die Konvention gerade in Hinblick auf das Ziel des sogenannten inklusiven Bildungssystems korrekt ins Deutsche zu übersetzen: „Die UN-Konvention fordert die Gewährleistung eines inklusiven Bildungssystems auf allen Ebenen. Ein inklusives Bildungssystem schließt niemanden aus und gibt jedem Kind die individuelle Unterstützung, die es braucht, um die seinen Fähigkeiten und Begabungen entsprechenden bestmöglichen Bildungsziele zu erreichen. Es kann deshalb nicht sein, dass die deutsche Übersetzung statt dem vorgesehenen Begriff der Inklusion weiterhin den Begriff der Integration (Eingliederung) verwendet. Wir brauchen das klare Signal, dass wir uns nicht mehr damit zufrieden geben, dass neunzig Prozent der behinderten Kinder auf eine Sonder- oder Förderschule gehen.“ Angela Merkel sagte zu, sich für eine korrekte Übersetzung sowie für eine rasche Ratifizierung einzusetzen.

Anzeige

Lifta, der Treppenlift



Jetzt auch zur Miete

- ▶ Lifta passt praktisch überall
- ▶ Wird einfach auf der Treppe aufgestellt
- ▶ Kurze Lieferzeiten, Einbau sofort
- ▶ Über 60.000 verkaufte Liftas
- ▶ Sehr hohe Kundenzufriedenheit
- ▶ Eigener Kundendienst bundesweit
- ▶ 365 Tage für Sie erreichbar

Rufen Sie uns kostenlos an.
☎ 0800-22 44 66 1
Internet: www.lifta.de



Freiwillig geprüfte
Beratungs- und Servicequalität



Der Treppenlift

GUTSCHEIN

Ja, schicken Sie mir meinen Prospekt – kostenlos und unverbindlich.

Name / Vorname _____

Straße / Nr. _____

PLZ / Ort _____ Tel.-Nr. _____

Lifta GmbH, Abt. SOV 23, Horbeller Straße 33, 50858 Köln

Ministerium plant Baustopp für barrierefreie Bahnhöfe

Bahnhöfe mit weniger als 1000 Reisenden pro Tag sollen weniger Fördergelder für den barrierefreien Um- oder Neubau erhalten. Das sehen nach Informationen von Behindertenverbänden Pläne von Bundesverkehrsminister Tiefensee vor. Einer Konzernrichtlinie folgend hat die Deutsche Bahn schon jetzt den Einbau von Aufzügen auf wenig frequentierten Bahnhöfen abgelehnt. Sperrt das Ministerium nun tatsächlich die Fördergelder, bleiben Menschen mit Behinderungen in ländlichen Regionen buchstäblich „auf der Strecke“.

Kinderzuschlag für Arme vorerst verlängert

Das Bundeskabinett hat die Befristung des Kinderzuschlags für Geringverdiener aufgehoben. Die Leistung war 2005 eingeführt worden, um Eltern zu unterstützen, deren Einkommen nicht für den Lebensunterhalt der gesamten Familie ausreicht. Bisher profitierten rund 40 000 Kinder von einem monatlichen Zuschuss von bis zu 140 Euro. Ohne die Änderung wäre die Unterstützung ab Januar 2008 entfallen, da sie ursprünglich auf drei Jahre befristet war.

Preissteigerungen von bis zu 10 Prozent

Strom und Gas werden teurer – Wechsel des Anbieters hilft sparen

Die Preise für Strom wurden zuletzt im Juli und im Oktober um rund sieben Prozent erhöht. Nun kündigt mit Eon der größte Energieversorger Deutschlands zum Jahreswechsel erneut höhere Preise für Strom und Gas an. Verbraucherschützer halten eine Steigerung von bis zu zehn Prozent für unangemessen und raten mehr denn je zum Wechsel des Anbieters – bis zu 185 Euro ließen sich so im Jahr sparen.

Der Stromkonzern RWE hatte bereits im Oktober Preiserhöhungen von rund 9 Prozent ab Januar 2008 angekündigt. Nun hat die Eon AG nachgezogen: Wegen angeblich höherer Beschaffungskosten und

gestiegener staatlicher Abgaben sollen die Strom- und Gaskunden bis zu zehn Prozent mehr bezahlen. Betroffen sind davon bei Strom rund sieben Millionen Haushalte und bei Gas 1,2 Millionen.

Mangelnder Wettbewerb

Kritik an den Preissteigerungen kam vonseiten der Politik und von Verbraucherschützern. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel wies die Begründung für die Preiserhöhung als unsinnig zurück. Die staatliche Abgaben hätten sich keinesfalls erhöht. Problematisch seien vielmehr der mangelnde Wettbewerb und die hohen Entgelte für die Nutzung der Netze, welche die Konzerne selbst kassieren. Auch Dr. Holger Krawinkel vom Verbraucherzentrale Bundesverband teilt diese Einschätzung. Der Strommarkt sei im Wesentlichen zwischen vier Großkonzernen aufgeteilt und für die Macht der Verbraucher sei ein Anbieterwechsel „das Gebot der Stunde“.

Jetzt wechseln und sparen

Bisher hat gerade einmal jeder zehnte Stromkunde in Deutschland von der Möglichkeit des Anbieterwechsels Gebrauch gemacht. Dabei ist der Aufwand hierfür nicht größer als das Ausfüllen eines Lottoscheines (siehe Kasten links). Ein Argument sollte dabei auch Skeptiker überzeugen: Jeder Wechsel lohnt sich! Egal ob in Magdeburg, Köln, Wiesbaden oder München. Die Einsparungen variieren je nach Verbrauch und Region: In Nordrhein-Westfalen kann

Wechsel ohne Risiko

Beim Wechsel des Stromanbieters riskiert niemand, plötzlich ohne Elektrizität dazustehen: Die Versorgung bleibt gewährleistet. Für Gaskunden gilt das Gleiche – hier gibt es bisher nur weniger Anbieter.

1. Schritt: Ermitteln Sie anhand der letzten Rechnung Ihren Jahresverbrauch an Strom. Bei einem durchschnittlichen Haushalt beträgt dieser etwa 3500 Kilowattstunden (kWh).

2. Schritt: Suchen Sie einen günstigeren Anbieter. Am einfachsten geht das im Internet unter www.stromvergleich.de. Dort geben Sie Ihren Verbrauch und Ihre Postleitzahl ein und erhalten direkt den für Ihren Wohnort günstigsten Anbieter. Eine Tarifübersicht können Sie auch bei der Stiftung Warentest anfordern (per Fax: 09001/5100108574, Kosten hierfür: 2,80 Euro).

3. Schritt: Nehmen Sie mit dem Anbieter Kontakt auf – meist geht das unkompliziert per E-Mail oder Telefon – und fordern Sie einen Vertrag an. Nachdem Sie diesen ausgefüllt und abgeschickt haben, ist der Wechsel für Sie im Prinzip erledigt. Der neue Anbieter klärt sämtliche Formalitäten. Etwas gilt es zu beachten: Firmen, die eine Vorauszahlung für ein Jahr von ihren Kunden fordern, sollten Sie lieber gleich von Ihrer Liste streichen – im Regelfall wird monatlich abgebucht.

Wichtig: Bei einem Anbieterwechsel entstehen Ihnen keine Kosten, es ändert sich auch nichts bei Ihnen in der Wohnung. Lediglich die Rechnung kommt zukünftig von einer anderen Firma und fällt hoffentlich entsprechend günstiger aus.

Schulden – was tun?

Verbraucherinsolvenz – schuldenfrei nach sechs Jahren

Mehr als drei Millionen Haushalte in Deutschland sind überschuldet. Oft reicht es sogar nicht mal mehr für die Zinsen der aufgelaufenen Verpflichtungen. Hilfe verspricht die Restschuldbefreiung in Form des Verbraucherinsolvenzverfahrens. Wer jedoch nach einer mehrjährigen „Wohlverhaltensphase“ wieder schuldenfrei sein möchte, muss zunächst einige Voraussetzungen erfüllen.

Wer nachweisen kann, dass ihm die Schulden über den Kopf gewachsen sind, der hat durch die Verbraucherinsolvenz die Chance, nach sechs Jahren belastungsfrei zu sein. Hierfür sollten alle Unterlagen gesammelt werden, die eine Zahlungsunfähigkeit belegen. Dazu gehören Mahn- und Vollstreckungsbescheide ebenso wie Kontoauszüge und Vereinbarungen über Ratenzahlungen. Doch auch darüber hinaus müssen einige Hürden genommen werden:

1. Schritt: Zunächst wird versucht, sich mit den Gläubigern über

die Regulierung der Verpflichtungen außergerichtlich zu einigen, und zwar mithilfe einer „geeigneten Person“ (beispielsweise eines anerkannten Schuldnerberaters, eines Steuerberaters oder eines Rechtsanwaltes).

2. Schritt: Kommt es zu keiner Einigung, so kann spätestens sechs Monate nach deren Scheitern beim Amtsgericht ein „Antrag auf Eröffnung des gerichtlichen Insolvenzverfahrens“ gestellt werden. Das Gericht wird dann zunächst ebenfalls versuchen, eine gütliche Einigung zwischen Schuldner und

Gläubigern zu erzielen. Im Klartext: einen Teilnachlass der Schulden. Stimmen einzelne Gläubiger dem Schuldenbereinigungsplan nicht zu, so kann das Gericht gegebenenfalls deren Zustimmung ersetzen.

3. Schritt: Scheitert ein gerichtlicher Vergleich, dann kommt das Verbraucherinsolvenzverfahren in Gang. Der Schuldner, der die Befreiung von seinen Schulden beantragt hat, muss über sechs Jahre lang den pfändbaren Teil seines Arbeitseinkommens an einen Treuhänder abführen, der das Geld wiederum auf die Gläubiger verteilt. Auch Einkünfte, wie Arbeitslosengeld, Renten und andere Sozialleistungen, sind einzusetzen. Jede zumutbare Arbeit muss angenommen, jeder Stellen- und Wohnortwechsel, jede sonstige Einnahme gemeldet werden. Erbschaften müssen allerdings nur zur Hälfte eingesetzt werden; und der Schuldner darf ein Erbe, das ihm keine neuen Schulden bringt, nicht ausschlagen – etwa um in Absprache mit den dann Erbberechtigten „hintenrum“ zu Geldern zu gelangen.

Die Gegenleistung: Die Gläubiger dürfen in dieser Zeit wegen bisheriger Forderungen nicht vollstrecken lassen. Ist der Lohn des Schuldners bereits gepfändet, so kann dieser seine Restschuldbefreiung dennoch betreiben; die Pfändungen werden



Foto: bungo / photocase

Für die Nutzung des Stromnetzes müssen andere Anbieter zwischen 30 und 40 Prozent ihrer Einnahmen an die Großkonzerne abführen.

ein 4-Personen-Haushalt durch einen Anbieter- oder Produktwechsel bis zu 185 Euro im Jahr sparen, ein Single-Haushalt in Berlin bis zu 110 Euro.

Günstiger Ökostrom

Längst ist dabei auch Ökostrom kein teurer Luxus mehr. Nach Untersuchungen der Verbraucherzentrale sind die Anbieter erneuer-

barer Energien verglichen mit dem örtlichen Grundversorger in zwei Drittel der Fälle sogar billiger. In Zeiten des Klimawandels also eine positive Nachricht: Statt eine saftige Preiserhöhung hinzunehmen, lässt sich noch eine beträchtliche Summe sparen – bei der Wahl von Ökostrom sogar zusätzlich mit einem guten Gewissen.

Österreichischer Verband zu Besuch beim SoVD

Der österreichische Kriegsopfer- und Behindertenverband für Wien, Niederösterreich, Burgenland (KOBV) war am 2. Oktober zu Besuch in der SoVD-Bundesgeschäftsstelle in Berlin. KOBV-Präsident Michael Svoboda, Generalsekretärin Dr. Regina Baumgartl und weitere KOBV-Funktionäre diskutierten mit SoVD-Präsident Adolf Bauer, dem amtierenden Bundesgeschäftsführer Alexander Schilg, der designierten Bundesgeschäftsführerin Rigmor Stüssel und hauptamtlichen Vertretern des SoVD über sozialpolitische Themen in Deutschland und Österreich.

Der KOBV hat insgesamt ca. 70 000 Mitglieder und vertritt vor allem Menschen mit Behinderungen. Er ist ähnlich strukturiert wie der Sozialverband Deutschland. Seine Beteiligung an Integrationsbetrieben, der Betrieb von Erholungseinrichtungen sowie die Einzelberatung von Mitgliedern stellen eine weitere Parallele zum SoVD dar.

Nachdem sich die österreichischen Gäste mit großem Interesse über die SoVD-Sozialrechtsberatung informiert hatten, wechselte man zu allgemeinen politischen Themen. Die Österreicher berichteten beispielsweise über die Pflegesituation in Österreich, speziell über Maßnahmen der dortigen Regierung zur Bekämpfung der Schwarzarbeiterproblematik in der Pflege. Gesprochen wurde auch über Politik für Menschen mit Behinderungen, Integration und Teilhabe sowie sozialpolitische Entwicklungen innerhalb der Europäischen Union.

Die Beteiligten vereinbarten, zukünftig Stellungnahmen, Positionspapiere und Pressemitteilungen auszutauschen. Auch eine Kooperation zwischen den Erholungszentren von SoVD und KOBV soll geprüft werden.



Foto: Redaktion

Präsident Michael Svoboda (2. von li.), Generalsekretärin Dr. Regina Baumgartl (re.) und weitere Angehörige des österreichischen Kriegsopfer- und Behindertenverbandes (KOBV) sprachen im Berliner Hans-Fiedler-Haus mit SoVD-Präsident Adolf Bauer (li.) und hauptamtlichen Vertretern des Sozialverband Deutschland.

sofort gestrichen, Lohnabtretungen nach drei Jahren. Wer keinen pfändbaren Lohn hat, bei dem kann natürlich nichts verteilt werden.

Hat der Schuldner seine Verpflichtungen erfüllt, so erlässt ihm das Amtsgericht nach Ablauf der

sogenannten Wohlverhaltensperiode seine bisherigen Schulden. Von der hürdenreichen Restschuldbefreiung ausgenommen sind jedoch Geldstrafen und Ordnungsgelder sowie Verbindlichkeiten aus vor- züglich begangenen Taten. W.B.



Foto: Stolt/picture alliance

Die Verbraucherinsolvenz – sicherlich keine schöne Sache, aber ein wichtiger Schritt, um aus der Schuldenfalle herauszukommen.

Berliner Tafel sammelt und verteilt Essensspenden

„Mit LAIB und SEELE“ – Lebensmittel für Bedürftige

Die Grundidee ist so einfach wie der Anlass beschämend: Täglich werden in Deutschland Lebensmittel weggeworfen, obwohl sie noch einwandfrei sind. Weil sie damit nicht einverstanden sind, sammeln die Mitarbeiter der sogenannten „Tafeln“ Obst, Gemüse, Brot und andere Nahrungsmittel ein, um sie an Bedürftige weiterzugeben. Sabine Werth ist die Vorsitzende der Berliner Tafel, wo vor gut 15 Jahren alles begann.

Der Weg zum Büro der Berliner Tafel ist nicht leicht zu finden: Es geht quer über den Berliner Großmarkt, vorbei an Lagerhallen für Obst und Fleisch, bis zu einem offenen Tor, über dem das Logo des eingetragenen Vereins prangt. Der Schriftzug findet sich auch auf den Lieferwagen wieder, die vor der Halle parken und von mehreren Menschen unterschiedlichen Alters entladen werden. Als Besucher fällt man in diesem Kreis schnell auf, denn die ehrenamtlichen Helfer tragen ausnahmslos dieselbe Arbeitskleidung: dunkelgrüne T-Shirts, auf denen „Tafel“ zu lesen ist.



Stapelweise lagert die grüne Berufskleidung auch in dem Büro von Sabine Werth – sie selbst ist in Zivil gekleidet. Gemeinsam mit anderen Frauen hat sie die Berliner Tafel 1993 gegründet, und bis heute fungiert sie als deren Vorsitzende – ehrenamtlich neben ihrem regulären Broterwerb. Heute ist die 50-Jährige überwiegend mit Aufgaben aus den Bereichen Management und Öffentlichkeitsarbeit befasst. Darauf

angesprochen, wie sehr die gemeinnützige Organisation in den letzten Jahren gewachsen ist, erklärt Sabine Werth, dass sich deren Situation an sich geändert habe: „Vor 15 Jahren war das noch eine relativ spontane Idee: ‚Wir sammeln mal die Lebensmittel, damit sie nicht weggeworfen werden.‘ Heute ist die Notwendigkeit unserer Unterstützung weitaus größer.“

„Schade, dass wir sein müssen. Aber klasse, dass wir da sind!“

Nicht selten findet sich die Tafel-Chefin in einer etwas absurden Situation wieder: Einerseits besteht im Rahmen ihrer täglichen Arbeit ein enormer Bedarf an Lebensmitteln, sodass die Nachricht einer größeren Lieferung für Sabine Werth eigentlich Anlass zur Freude wäre. Andererseits aber ärgert es sie, dass so viel Essen in unserer Gesellschaft ohne die Tafel auf dem Müll landen würde, nur weil es bestimmten Verkaufskriterien nicht mehr entspricht: „Das finde ich sogar fast noch schändlicher, als die Tatsache, dass es überhaupt Elend gibt. Aber da kommen wir nicht dran vorbei – das System

lässt sich leider nicht so ohne Weiteres ändern.“ Sie hält einen Moment inne. Ihr ernster Gesichtsausdruck wird wieder zu einem optimistischen Lächeln, als sie diesen Konflikt auf den Punkt bringt: „Schade, dass wir sein müssen. Aber auch klasse, dass wir da sind!“

Sabine Werth hat von Anfang an zugepackt. In den ersten Jahren fuhr sie noch selbst mit dem Auto durch Berlin, sammelte übrig gebliebene Lebensmittel ein und gab diese an Menschen weiter, die dafür dankbar waren. Heute stehen ihr und der Berliner Tafel rund 600 Ehrenamtliche zur Seite. Über 160 000 Kilo an Obst, Gemüse und Backwaren werden jeden Monat allein in der Hauptstadt verteilt. Möglich ist dies durch eine logistische Meisterleistung.

„Wir bieten nur eine Zusatzversorgung“

Im Rahmen der mit den Kirchen und dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) durchgeführten Aktion „LAIB und SEELE“ wurden in 43 Berliner Gemeinden Ausgabestellen eingerichtet. Dieses System verhindert Sabine Werth zufolge, dass Bedürftige erst einmal durch die ganze Stadt fahren müssen: „Die Menschen aus dem jeweiligen Postleitzahlenbereich können mit einem Nachweis, dass sie weniger als 900 Euro im Monat zur Verfügung haben, dort hingehen und bekommen für einen Euro Lebensmittel.“ Die Münze stellt dabei einen symbolischen Gegenwert für die erhaltenen Waren dar. Dafür kann frei aus dem Vorhandenen ausgewählt werden – wer also etwa partout keine Tomaten mag, muss seine Ernährungsvorlieben nicht zwangsweise umstellen. Eines aber betont die Tafel-Vorsitzende ausdrücklich: „Wir bieten keine Grundversorgung, sondern eine Zusatzversorgung. Das heißt: Die Leute kriegen einmal in der Woche eine Menge X – vergleichsweise billige Grundnahrungsmittel wie Kartoffeln müssen sie sich selbst kaufen.“ Hintergrund hierfür ist, dass man die Politik nicht aus der



Foto: Kluge / dpa

Viel zu schade für den Abfall: Brot vom Vortag, das sich nicht mehr verkaufen lässt, wird von den Tafeln eingesammelt und an Bedürftige verteilt.

Verantwortung entlassen will, die Armen der Gesellschaft angemessen zu versorgen.

„So was will ich morgen wieder haben!“

Die Definition von Bedürftigkeit hat sich für Sabine Werth in ihrer langjährigen Arbeit verändert. Es geht heute nicht mehr ausschließlich darum, einfach nur satt zu werden. Gerade Schülerinnen und Schülern fehlt ihrer Ansicht nach immer mehr der Zugang zu einer gesunden Ernährung: „Kinder sind sich zu häufig selbst überlassen. Und die schmieren sich ihre Schnitten morgens halt nicht selbst, sondern schlafen lieber länger. Das hat dann nichts damit zu tun, dass die Eltern

arm sind.“ Auch hier ist die Berliner Tafel deshalb aktiv: Auf einzelnen Schulhöfen bieten ehrenamtliche Helfer gegen einen Obolus von 20 Cent Frühstücksbeutel an. Darin befinden sich Wurst- und Käsebröte, Obst und ein Getränk. Man merkt Sabine Werth an, dass ihr gerade die Arbeit mit den Kindern sehr wichtig ist. Unumwunden und mit einem verschmitzten Lächeln gibt sie zu, dass sie mit der Kampagne auch ein bestimmtes Ziel verfolgt: „Wir fahren jede Schule nur einmal in der Woche an, um die Eltern nicht aus der Pflicht zu nehmen. Wir hoffen, dass die Kinder dann nach Hause gehen und sagen: ‚So was will ich morgen wieder haben!‘“ *jb*

Die Tafeln in Deutschland

Grundgedanke: Nicht jeder hat sein täglich Brot, obwohl es Lebensmittel im Überfluss gibt. Tafel-Mitarbeiter sammeln einwandfreie Nahrungsmittel ein, die im Wirtschaftsprozess nicht mehr verwertet werden, und verteilen diese an Bedürftige.

Zahlen: Bundesweit engagieren sich rund 32 000 Menschen ehrenamtlich bei knapp 700 Tafeln. Von den 191 deutschen Städten mit mehr als 50 000 Einwohnern haben fast 90 Prozent eigene Tafeln.

Empfänger: Inzwischen werden von den Tafeln 700 000 Menschen regelmäßig (das heißt einmal pro Woche) mit Lebensmitteln versorgt. Wäre die Spendensituation besser, könnten zusätzlich 200 000 Bedürftige versorgt werden. Ein Viertel der Bedürftigen sind Kinder, jeder Achte ist Rentner.

Erhöhung des Stiftungskapitals

Landesverband NRW unterstützt Reichsbund Stiftung mit 3000 Euro

Der SoVD-Landesverband Nordrhein-Westfalen unterstützt die wohltätige Arbeit der Reichsbund Stiftung mit einer Zustiftung. Die Landesvorsitzende, Marianne Saarholz, übergab Matthias Herter, Geschäftsführer der Reichsbund Wohnungsbau GmbH, einen Scheck über 3000 Euro.



Symbolische Übergabe der 3000 Euro Zustiftung des Landesverbandes NRW von Marianne Saarholz (re.) an Matthias Herter.

Die im November 2006 ins Leben gerufene Reichsbund Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, bedürftige Personen zu unterstützen. Sie hat sich insbesondere der Förderung von sozialpädagogischen Einrichtungen, Beratungsstellen für Eltern und Kinder sowie Erholungsangeboten für benachteiligte ältere Menschen verschrieben. Ein weiterer Schwerpunkt der wohltätigen Arbeit liegt im Bereich Gesundheitsvorsorge.

Die Maßnahmen der Stiftung werden aus Spenden und Kapitalerträgen finanziert. Durch die Zustiftung wird das Stiftungskapital erhöht, was zu einer dauerhaften Verzinsung führt und somit zur nachhaltigen Unterstützung der Projekte beiträgt.



Foto: ProLivePhoto

Zum Volkstrauertag

Jedes Jahr im November begehen wir in Deutschland den Volkstrauertag. Am zweiten Sonntag vor dem 1. Advent gedenken wir der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft. Wir erinnern uns der Toten, Verwundeten, Verfolgten zweier Weltkriege und der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft. Die Trauer, das Entsetzen und die grenzenlose Scham über das Geschehene verbinden Millionen Menschen in unserem Land. Wir sind aufgefordert, an dieser Kultur des Erinnerns festzuhalten, denn Gleichgültigkeit und Vergessen tragen bereits den Keim von Gewalt, Unrecht und Verbrechen in sich.

Wir gedenken der sechs Millionen ermordeten Juden und aller anderen von Nationalsozialismus systematisch verfolgten und ermordeten Menschen. Ebenso gilt den Männern und Frauen des Widerstandes unser besonderes Gedenken. Wir werden auch niemals das Leid der Flüchtlinge und Vertriebenen vergessen. Jeder getötete Soldat, jeder verhungerte und erfrorene Flüchtling, in unvergleichlicher Weise aber jeder Mann, jede Frau, jedes Kind, die wegen ihrer Herkunft, ihrer Rasse, ihrer Religion ermordet wurden, verlangen von uns, Gewaltherrschaft abzuwehren und Zivilcourage und Toleranz zu üben.

Auch heute sind Gewalt und Hass, Krieg und Terror für viele Menschen auf der Welt bitterer Alltag. Verstehen wir diesen Gedenktag als einen Tag der Trauer. Das sind wir den vielen Hinterbliebenen schuldig. Der Volkstrauertag ist aber auch zu einem Tag der Mahnung zu Versöhnung, Verständigung und Frieden geworden. Nehmen Sie an Gedenkveranstaltungen zum Volkstrauertag am 18. November teil! Die Vorstände der SoVD-Orts- und Kreisverbände rufen dazu auf, durch Gedenkstunden an den Mahn- und Gedenkstätten die Erinnerung an die zahlreichen Toten wachzuhalten und persönlich Erlebtes weiterzugeben.

Adolf Bauer, SoVD-Präsident

Wer rastet, der rostet

Trainieren Sie Ihre grauen Zellen!

Wer rastet, der rostet. Das gilt für die Muskeln, aber auch für das Gehirn. Dabei genügen pro Tag schon wenige Minuten gezielten Trainings, um die grauen Zellen so richtig auf Trab zu bringen.

Verbessern Sie Ihre Konzentrationsfähigkeit!

Im nachfolgenden **Buchstaben-Quadrat** fügen Sie benachbarte Buchstaben zu Wörtern zusammen. Sie können von jedem beliebigen Buchstaben(feld) ausgehen. Alle Richtungen sind erlaubt, ob senkrecht, waagrecht oder diagonal. Wichtig ist nur, dass sich die Buchstaben berühren – an einer ihrer vier Seitenlinien oder an einer Ecke. Bilden Sie aus den Buchstaben möglichst viele Wörter. (Beispiel: Ei, Rast, rasten etc.)



Ergänzen Sie die fehlenden Buchstaben!

M_n s_ll_e _ie Gel_, _e_ü_h_e _de_
G_d_nk_n a_f _ie _ei_e _egen.
S_ät_r _rau_ht ma_ s_e _ic_t me_r.

Unsere geistige Leistungsfähigkeit nimmt im Allgemeinen im Alter ab. Das Gedächtnis funktioniert nicht mehr so gut, die Konzentrations- und Wahrnehmungsfähigkeit lässt nach. Doch viele Bereiche des Gedächtnisses können gezielt mit Denksportaufgaben trainiert werden. So kann man wohl sagen: Es gibt kein schlechtes Gedächtnis, es gibt nur ein untrainiertes Gedächtnis. Durch kontinuierliches Gehirnjogging bleibt die geistige Leistungsfähigkeit nicht nur bis ins hohe Alter erhalten, sondern durch das Lösen von Denksportaufgaben bilden sich auch neue Synapsen (Nervenverbindungen) im Gehirn.

Untersuchungen haben ergeben, dass ein regelmäßig mit Denksportaufgaben trainiertes Gehirn eine geringere Anfälligkeit aufweist, an Alzheimer-Demenz zu erkranken. Gehirnjogging zahlt sich aus, also: Kreuzworträtsel raten statt rasten und rosten.

Trainieren Sie Ihre grauen Zellen! Durch praktische Übungen können Sie Ihre Wahrnehmung Aufmerksamkeit, Konzentration, Merk- und Erinnerungsfähigkeit trainieren. Ein Beispiel für Konzentrationsübungen finden Sie in nebenstehendem Kasten. Viel Spaß beim Lösen!

Gehirnjogging der besonderen Art

Der Würfel, der das Hirn trainiert



Der BRAUNsche Würfel erfordert Geduld und Konzentrationsvermögen: Aus verschiedenen Bausteinen müssen Würfel gebaut werden.

Der BRAUNsche Würfel ist ein Gedulds- und Kombinationsspiel für eine Person, kann aber auch in der Gruppe gespielt werden.

Der BRAUNsche Würfel ist für alle Altersgruppen ab sieben Jahren bis in das hohe Alter geeignet. Sein Prinzip ist leicht zu verstehen. Im Baukasten befinden sich verschiedene Bausteine für zwei Würfelsysteme, die unabhängig voneinander funktionieren. Es gibt zwei Schwierigkeitsformen. Der Würfel 3x3x3 ist von jedem leicht zu bewältigen, der Würfel 4x4x4 hingegen stellt schon recht hohe Anforderungen.

Ratgeber für Menschen mit Behinderung

Menschen mit Behinderung haben ein Recht auf selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und auf Gleichstellung mit Nichtbehinderten. Dieses Recht wird durch Gesetze und Verwaltungsvorschriften garantiert, die allerdings so zahlreich und auf so viele Fachgebiete verstreut sind, dass es den meisten Betroffenen schwerfällt, ihre Ansprüche geltend zu machen. Um ihnen eben dieses zu erleichtern, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales den „Ratgeber für Menschen mit Behinderung“ herausgebracht. Dieser liegt jetzt in aktueller Fassung vor (Stand Juli 2007).

Praxisnah wird Orientierung und Auskunft weit über den rechtlichen Rahmen hinaus geboten: Von Vorsorge, Früherkennung und medizinischer Rehabilitation über Ausbildung und Berufsförderung bis hin zu steuerlichen Erleichterungen. In Auszügen sind auch die entsprechenden Gesetzestexte enthalten, angefangen beim Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz über das Bundesversorgungsgesetz und die Sozialgesetzbücher bis hin zum Wohnraumförderungsgesetz.

Der 506 Seiten starke, gebundene „Ratgeber für Menschen mit Behinderung“ ist kostenlos. Er kann bestellt werden beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Referat Information, Publikation, Redaktion, 53107 Bonn (Bestell-Nr.: A712), oder telefonisch unter: 0180/5151510 (in der Regel 14 Cent pro Minute). Unter der Internetadresse www.bmas.de/coremedia/generator/10386/ratgeber_fuer_behinderte_menschen.html kann die Broschüre als PDF heruntergeladen werden. Der Ratgeber ist außerdem Teil der CD „Informationen für behinderte Menschen“, die ebenfalls kostenlos über das Internet zu beziehen ist: www.bmas.de/coremedia/generator/10154/informationen_fuer_behinderte_menschen.html. Die Texte stehen hier im PDF-, Word- und HTML-Format zur Verfügung, was die CD besonders für Menschen mit Sehbehinderung interessant macht.



Ausdauer und Konzentration, Merkfähigkeit und das räumliche Vorstellungsvermögen (Denken in drei Dimensionen) werden geschult und nachhaltig entwickelt. Der Würfel begünstigt die Entwicklung der optisch-praktischen und logisch-analytischen Fähigkeiten. Das Produkt des Handelshauses Gollnest und Kiesel KG (goki) ist im Spielzeughandel zu erwerben und kostet etwa 29 Euro.

Die SoVD-Redaktion verlost unter Ausschluss des Rechtsweges fünf BRAUNsche Würfel. Bei Interesse schicken Sie eine E-Mail an: redaktion@sovd.de beziehungsweise eine Postkarte an: Sozialverband Deutschland, Abteilung Redaktion, Stichwort „BRAUNscher Würfel“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin.

Einsendeschluss ist der 15. November 2007.

Anzeige

Buchtipp

Kriminalroman

Mord im Heim

Angesehen, in leitender Position tätig, lange verheiratet – das war Tobias Neber, bis er tot auf dem Parkplatz des „Karls-Heims“ gefunden wird. Erschossen aus kurzer Distanz. Aber von wem? Und: warum? Kommissar Overbeck übernimmt den Fall und stößt schon nach kurzer Zeit auf Ungereimtheiten. Ein spannender Roman, der auch realistische Einblicke in die alltägliche Arbeit der Polizei vermittelt. Wo andere ihre Pistolen zücken und wild um sich schießen, setzt Overbeck lieber sein Gehirn ein. Der Roman beruht auf einigen wahren Begebenheiten.

Der Autor Helmut Thiemann ist SoVD-Mitglied. Er wurde 1951 in Diez/Lahn geboren. Nach einem Studium in Hamburg war der

gelernte Industriekaufmann in verschiedenen Bereichen der Sozialpädagogik tätig, in den letzten Jahren bei einem großen Wohlfahrtsverband im Rheinland. Zuletzt leitete er eine Postagentur mit Buch- und Schreibwarenhandlung. Thiemann hat Gedichte, verschiedene Beiträge zur Heimatgeschichte und den historischen Fantasy-Roman „Kunstwerk zwischen allen Fronten – das Bernsteinzimmer“ veröffentlicht.

Helmut Thiemann: *Mord im Heim*. Kriminalroman. Novum Verlag, 94 Seiten. ISBN: 978-3-85022-043-9, 15,90 Euro.

Wir verlosen unter Ausschluss des Rechtsweges vier Exemplare des Buches. Bei Interesse schicken Sie eine E-Mail an: redaktion@sovd.de



sovd.de bzw. eine Postkarte an: SoVD, Abt. Redaktion, Stichwort „Buchtipp-Verlosung“, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin. Einsendeschluss: 15. November 2007.

An alle SoVD-Ortsverbände und Mitglieder: Weihnachtsliederhefte zum günstigen Sonderpreis!

Frohe Weihnachten – die umfangreiche Weihnachtsliedersammlung für die alljährlichen Weihnachtsfeiern, daheim – und im Verein.
50 unserer schönsten Advents- und Weihnachtslieder – große Schrift – mit Noten und Gitarren-Akkorden – zum Singen und Musizieren für GROSS und KLEIN – DIN A5 – 64 Seiten

Ein günstiges Familienangebot!
4 Weihnachtsliederhefte für nur 12,80 €!

(inklusive Versand)

Ideal auch als freudebringende, geschätzte Grußkarte.
Vorn im Heft ist viel gerahmter Platz für Ihre Weihnachtsgrüße!
Bestellen Sie einfach per Telefon.

Günstige Liederheft-Paketpreise für die Weihnachtsfeier Ihres Ortsverbandes!

Ein Sonderbogen mit einem Weihnachtsgrußtext und Ihrer Adresse kann eingehftet werden – alles im Sonderpreis enthalten!

Rufen Sie uns einfach gleich an – wir informieren Sie gerne!
(wir beliefern auch Vereine, Firmen, Kirchengemeinden, Schulen etc.)



Auch auf unserer Internet-Seite www.feldkamp-verlag.de ist alles für Ihre Eindrucksvolle Version vorbereitet. Login: sovd Passwort: sovd

G. Feldkamp-Verlag · 26789 LEER · Hohe Loga 55
Tel.: 0491-71008 · Fax: 0491-74233 · Email: feldkamp@conne.net

Besuchen Sie die Homepage des Sozialverband Deutschland:
www.sovd.de

Apotheker Dr. Robert Schmidt rät

Hämorrhiden sind kein Tabuthema

Jucken, Schmerzen und helle Blutungen im Analbereich sind typische Symptome für Hämorrhiden. Viele Patienten glauben, sie seien die einzigen mit diesen Beschwerden, und es ist ihnen unangenehm, darüber zu sprechen. Jedoch: Jeder zweite Erwachsene ist davon betroffen. Was sind Hämorrhiden und wie entstehen sie?



Unter Hämorrhiden versteht man knotenartige Auswölbungen im Analbereich, die aus Blutgefäßpolstern entstehen. Diese Gefäßpolster befinden sich in der Schleimhaut des Enddarmes. Durch starkes Pressen beim Stuhlgang oder bei anderen Situationen kann das Blut nicht richtig abfließen. Die Gefäßpolster gehen auf, und es kommt zu Blutungen und juckenden Entzündungen im Analbereich.

fettarmem Belag, Obst und Gemüse. Trinken Sie über den Tag ausreichend, schön wären 1,5 bis 2 Liter. Wenn sich keine Besserung einstellt, können Präparate eingenommen werden, die den Stuhl erweichen.

Wenn es trotz aller Vorsicht zu akuten Hämorrhiden kommt, empfehle ich den Patienten zur kurzzeitigen Anwendung Salben für den äußeren Analbereich. Mithilfe eines Applikators kann man die Salbe in den Analbereich einbringen. Zäpfchen sind für die Anwendung in der Nacht geeignet.

Fester Stuhlgang und Verstopfungen und damit Pressen beim Stuhlgang sind häufig Folgen unserer Lebensweise. In diesem Zusammenhang sind unter anderem mangelnde Bewegung, sitzende Tätigkeit am Schreibtisch und ballaststoffarme Kost zu nennen.

Bei starken und lang anhaltenden Beschwerden sollte ein Arzt hinzugezogen werden. Dieser kann bei Bedarf stärkere Arzneimittel verordnen oder die Hämorrhiden durch einen Eingriff entfernen.

Um das Entstehen von Hämorrhiden zu verhindern beziehungsweise die Symptome zu lindern, sollten Sie folgende Ratschläge beherzigen: Gehen Sie auch an trüben Herbsttagen raus an die frische Luft und bewegen Sie sich. Essen Sie Vollkornbrot mit

Ich wünsche Ihnen schöne Herbsttage in der Natur, und bleiben Sie gesund!

Teil v. Helgoland	süddt.: Kahn, Nachen	Arzneiextrakt	lat., franz.: und	Bootswettbewerb	niederdeutsch: Erle	prusten	Abk.: Bund deutscher Studenten	Vorderasiat	e. Einkaufsbummel machen	arabischer Sackmantel	herablassend freundlich	unvollständige Statue
Karpfenfisch, Döbel					Stadt im Allgäu		hebr. Grußwort		Kellner			natürliche Erdbearbeitung
dt. Vorsilbe der Verneinung		Anrufung Gottes					Autor von „Robinson Crusoe“ † 1731		durchgezeichnete Kopie			
Blütenabsonderung	Stellung Suchender		dt. Universitätsstadt		Stadt im Reg.-Bez. Arnberg	TV-Nachrichtensendung	ugs.: Dummkopf, Tölpel			Werre-Zufluss	exklusives Fest	Truhe, Schrein
Papier-sorten							niederdt.: gemütlich plaudern		Freund von Karl Marx			
				Radrennfahrer			dt. Bundeskanzler von 1982 bis 1998			Randgebirge des Pamir		
lat.: Erde	Wahlübung im Sport		altgriech. Grabstätte					Cowboyfest, Reiter-schau		Strand bei Venedig		
französisches Kartenspiel						Wüstenei		Stadt am Rhein				
Bankansturm			Berliner Spitzname		Vorsilbe: naturnah, -belassen				Neckar-Zufluss	AUFLÖSUNG DES LETZTEN RATSELS		
Wunsch, Verlangen								franz. Adelsprädikat		■ A ■ V O G E L ■ K B ■ P K ■ G N E I S ■ E R A T O ■ T T E R R A I N ■ ■ R E U E ■ L O D E N ■ I N N O S T ■ L S G ■ S E I N ■ A N D ■ R E I N S T ■ A I ■ E L L E ■ A U L A N D ■ E I ■ K N I ■ W E L L E ■ T S C H E L D E ■ H O R N ■ R M H A S ■ ■ M D ■ S T U E B E R T O ■ P I E R C E N ■ W O R M S ■ A N N ■ H N O R M A ■ R F G A ■ S E N O R A H N E ■ E S ■ L E U T N A N T		
Klatsch	ugs.: hartnäckig bedrängen							Abk.: Oktanzahl				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
---	---	---	---	---	---	---	---	---	----	----	----	----

Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats. Das Lösungswort zum Gewinnen wertvoller Buchpreise bitte einsenden an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Kreuzworträtsel, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: kreuzwortraetsel@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben!

Das SoVD-Sudoku

Variante: LEICHT

2					5	7	4
	○		6	3			
8			2	5			9
9	4	2		○			8
1	7		3		9		5
	8				2	6	7
	9		4	5			8
			8		1		○
6	5	8					2

Auflösung des Vormonats

4	3	1	9	7	5	2	6	8
2	8	9	6	3	1	4	5	7
5	6	7	2	4	8	9	1	3
1	4	5	8	2	3	7	9	6
9	2	8	1	6	7	5	3	4
3	7	6	5	9	4	1	8	2
8	1	2	4	5	6	3	7	9
7	5	4	3	8	9	6	2	1
6	9	3	7	1	2	8	4	5

Die beiden Diagramme sind mit den Zahlen 1 bis 9 aufzufüllen.

Variante: MITTEL

2	8				5	9	
1			4		8		
6	3				8		○
3			2			1	
	○		5	9	1		
		1			4		2
		6				5	9
			1		7		6
4	2		○			8	1

Auflösung des Vormonats

8	5	7	6	1	3	4	9	2
1	9	6	4	2	7	3	8	5
2	3	4	8	5	9	7	1	6
6	2	3	1	9	8	5	7	4
9	4	1	7	6	5	2	3	8
5	7	8	2	3	4	1	6	9
7	1	9	5	4	6	8	2	3
4	6	2	3	8	1	9	5	7
3	8	5	9	7	2	6	4	1

Um eines von 3 Büchern zu gewinnen, senden Sie eine Postkarte mit den gesuchten, eingekreisten Zahlen (in der Reihenfolge von oben nach unten) an: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: SoVD-Sudoku, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, oder per E-Mail an: redaktion@sovd.de. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre Adresse anzugeben! Einsendeschluss ist jeweils der 15. des Erscheinungsmonats.

Die Gewinner / -innen vom Oktober

Kreuzworträtsel

Regina Herden, 31737 Rinteln; Richard Schilling, 66424 Homburg; Erika Schwarz, 23847 Rethwisch.

Rolandsuche

Gerlinde Schlischo, 30900 Wedemark; Hermann Weigle, 75038 Oberderdingen; Andrea König, 45968 Gladbeck; Heinz Hermann Nagel, 25336 Klein Nordende; Margret Müller, 33609 Bielefeld.

Die Bären sind los: Die Suche nach Roland geht weiter

Ich habe mich auf drei Fotos dieser Ausgabe versteckt. Teilen Sie uns die Seiten per Postkarte/Fax mit und gewinnen Sie einen von fünf Kuschehbären. Postanschrift: SoVD-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Roland, Stralauer Straße 63, 10179 Berlin, Fax 0 30/72 62 22 – 145, E-Mail: rolandsuche@sovd.de

Sudoku

Loni Bulwin, 13409 Berlin; Holger Wölk, 44229 Dortmund; Peter Janssen, 26723 Emden-Larrelt.

Buchtipps

Edeltraud Stekkelies, 99089 Erfurt; Sonja Groth, 27472 Cuxhaven; Martin Goldammer, 38889 Blankenburg; Petra Liebig, 49084 Osnabrück; Werner Elsinghorst, 46045 Oberhausen.

Teesieb „Audrey“

Marina Dittmer, 18299 Laage; Norbert Kofmann, 58453 Witten; Linda Knorr, 72469 Meßstetten; Thea Mender, 06578 Sachsenburg; Helmut Barkowski, 24534 Neumünster.

Die Gewinner/-innen werden in der SoVD-Zeitung und im Internet veröffentlicht.

Bei Umzug oder Wechsel des Geldinstituts

Sollten Sie in eine neue Wohnung ziehen, vergessen Sie bitte nicht, die neue Adresse Ihrem Ortsverband mitzuteilen.

Falls Sie unabhängig davon Ihre Bank oder Sparkasse wechseln, gilt es auch hier etwas zu beachten: Aktualisieren Sie bitte rechtzeitig die beim SoVD hinterlegte Einzugsermächtigung. Nur so können Ihre Mitgliedsbeiträge weiterhin abgebucht werden. Eine veraltete Kontoverbindung oder auch eine aus Versehen falsch eingetragene Kontonummer verursacht einen erheblichen Verwaltungs- und Kostenaufwand. Vielen Dank für Ihre Mithilfe.

Ingeborg Saffe, Bundesschatzmeisterin

Die Frage des Monats November

Die Frage des Monats Oktober lautete: „Der jüngste Pflegebericht hat erneut gravierende Mängel offengelegt. Haben Sie selbst Vorkehrungen getroffen, für den Fall, dass Sie gepflegt werden müssen?“ 70 Personen haben ihre Stimme abgegeben. 29 Prozent haben mit „Ja“ gestimmt, 71 Prozent mit „Nein“. Die Frage des Monats November: „Das Bundesverkehrsministerium will die Bußgelder drastisch erhöhen. Wird es dadurch auf deutschen Straßen sicherer?“ Besuchen Sie zum Abstimmen unsere Homepage (www.sovd.de). Dort haben Sie auch die Möglichkeit, eine eigene Antwort zu formulieren. Ein Anspruch auf Veröffentlichung im Internet oder in der SoVD-Zeitung besteht jedoch nicht.

Für Anzeigen oder Werbebeilagen ist diese Zeitung lediglich Werbeträger. Eine Empfehlung des SoVD für die vorgestellten Produkte ist damit nicht verbunden (Ausnahme: Eigenanzeigen des SoVD).

Internet: <http://www.sozialverband.de>; Geschichte des Sozialverband Deutschland / Sozialpolitik / Verbands-Dienstleistungen / Pressemeldungen / Wie werde ich Mitglied? E-Mail: contact@sovd.de

Impressum
 Die SoVD-Zeitung des Sozialverband Deutschland (SoVD) erscheint am 1. eines jeden Monats. Herausgeber: Bundesvorstand des Sozialverband Deutschland e. V. – ehemals Reichsbund, gegründet 1917 – Sitz: Berlin. – Redaktion: Matthias Sommer (verantwortlich), Dr. Simone Real, Joachim Baars; Grafik/Bildbearbeitung: Steffi Rose; Redaktionsassistentin: Roswitha Moldenhauer. Sitz: Stralauer Str. 63, 10179 Berlin (Berlin-Mitte, Rolandufer/Jannowitzbrücke), Tel.: 030/72 62 22-0, Fax: 030/72 62 22-145. Internet-Adresse: www.sovd.de. – E-Mail: redaktion@sovd.de. Die mit vollem Namen oder Verfasserzeichen veröffentlichten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nicht zurückgesandt. Verlag: Publikom Z Verlagsgesellschaft mbH, Frankfurter Str. 168, 34121 Kassel. – Anzeigenverwaltung: U. Struckmeyer, Postfach 1266, 27723 Worpsswede, Tel.: 0 47 92/22 16, Fax: 0 47 92/35 30. Zurzeit gilt der Tarif Nr. 30 vom 1. 1. 2006.
 – Druck und Vertrieb: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel
 – Der Bezugspreis wird im Rahmen des Verbandsbeitrages erhoben.
 Verbreitete Auflage, IVW, 2. Quartal 2007: 398 991 Exemplare

Fernsehtipp

„Eine einzige Tablette“

Der zweiteilige Fernsehfilm „Eine einzige Tablette“ über die Contergan-Affäre kann nach langen juristischen Auseinandersetzungen am **7. und 8. November im Ersten Deutschen Fernsehen** gezeigt werden. Das Bundesverfassungsgericht hat im September grünes Licht für die Ausstrahlung gegeben.

Der Fernseh-Zweiteiler thematisiert die Affäre um das Schlafmittel Contergan, nach dessen Einnahme tausende Frauen Ende der 50er Jahre Babys mit verstümmelten Körpern geboren hatten. Meist fehlten Gliedmaßen oder sie waren extrem verkürzt. Fast 50 Jahre später soll der Film die Leiden der Opfer und ihrer Angehörigen, aber

auch ihre Lebenskraft in den Mittelpunkt stellen.

Das Aachener Pharmaunternehmen und Contergan-Hersteller Grünenthal sowie der Anwalt Karl-Hermann Schulte-Hillen hatten die Sendung des Films im vergangenen Sommer durch eine einstweilige Verfügung verhindert. Sie beanstandeten mehr als ein Dutzend Szenen des Drehbuchs.

Um die Ausstrahlung des Films sicherzustellen, verpflichteten sich der WDR und die Produktionsfirma Zeitsprung, in einem Vor- und Nachspann klarzustellen, dass die gezeigten Personen und ihre beruflichen und privaten Handlungen und Konflikte frei erfunden sind.

Dass Grünenthal als einstiger Contergan-Hersteller seine „Unternehmenspersönlichkeitsrechte“ verletzt sieht, ist erklärlich: Der Film wird wohl kein allzu gutes Licht auf die Pharmafirma werfen.



Foto: WDR

Geschenkideen aus dem Katalog der Lebenshilfe

Die Weihnachtszeit ist nicht mehr weit, und wer sich Stressersparen will, denkt jetzt schon ans Schenken. Der Lebenshilfe-Katalog „Zauberhafte Geschenk-Ideen 2007“ bietet zahlreiche Anregungen für schöne und gleichzeitig sinnvolle Geschenke. Bundesweit wird in dem Lebenshilfe-Katalog die größte Auswahl handgefertigter Geschenkartikel aus Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) präsentiert.

Angewendet werden ungewöhnliche und kreative Produkte, die durch das WfbM-Symbol entsprechend gekennzeichnet sind: pfiffige Küchenaccessoires, Advents- und Weihnachtsartikel aus Holz sowie unterhaltsame Spiele. Ergänzt werden die Werkstattprodukte im Lebenshilfe-Katalog durch ein attraktives Angebot an Grußkarten, Kalendern und Ge-



schenkpapieren. Mit dabei natürlich die beiden Lebenshilfe-Kollektionen mit Motiven geistig behinderter Künstler: „Rudi-Design“ und „Seh-Weisen“. Der Kauf dieser Werkstattprodukte sichert Arbeitsplätze und stellt gleichzeitig eine Form der Anerkennung für behinderte Menschen und ihre Leistungen dar. Der Erlös kommt in vollem Umfang der Lebenshilfe zugute. Jede Bestellung hilft also doppelt.

Den Katalog „Zauberhafte Geschenk-Ideen 2007“ gibt es kostenlos bei der Bundesvereinigung Lebenshilfe, Versand, Postfach 2266, 52469 Alsdorf, Telefon: 02404 / 98 66-24, Fax -22, E-Mail: geschenkideen@lebenshilfe-versand.de. Alle Produkte können auch online bestellt werden: www.lebenshilfe-shop.de.

Personalien



Ilse Junge, Vorsitzende des Landesverbandes Bremen, feierte am 16. September ihren 70. Geburtstag.



Richard Dörzapf, Vorsitzender des Landesverbandes Rheinland-Pfalz/Saarland, wird am 7. November 70 Jahre alt.

Gesucht und gefunden in der Zeitung des Sozialverband Deutschland

An- und Verkaufsanzeigen

Keine Reiseanzeigen – Keine gewerblichen Anzeigen

An die Zeitung des SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD), Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, Postfach 12 66, 27723 Worpswede

Die nachstehende Anzeige veröffentlichen Sie bitte unter „An- und Verkaufsanzeigen“ (keine „Reise-Gewerblichen Anzeigen“), pro Zeile 5,95 Euro incl. 19% MwSt. Anzeigenannahmeschluss: Am 3. des Vormonats.

Vor- und Zuname _____

Straße und Nr. _____

PLZ _____ Wohnort _____

Ich ermächtige die ZEITUNG DES SOZIALVERBAND DEUTSCHLAND (SoVD)-Anzeigenverwaltung U. Struckmeyer, die Insertionskosten von meinem Konto abbuchen zu lassen. Die Bezahlung Ihrer Anzeige kann nur durch Abbuchung oder Vorkasse (Scheck) erfolgen.

Bank / Postscheckamt _____ in: _____

Bankleitzahl _____

Konto-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____

Der Text meiner Anzeige: _____ Ausgabe _____

Mindestgröße 2 Zeilen = 11,90 Euro incl. 19% MwSt.

3 Zeilen = 17,85 Euro incl. 19% MwSt.

4 Zeilen = 23,80 Euro incl. 19% MwSt.

5 Zeilen = 29,75 Euro incl. 19% MwSt.
je weitere Zeile = 5,95 Euro incl. 19% MwSt.

Kleinanzeigen in Fließsatzausführung, 1spaltig in 3 mm Grundschrift. Bis zu 3 Wörtern am Anfang fett, sonst keine Hervorhebung oder Umrandung. Pro Zeile bis maximal 38 Buchstaben bzw. Zeichen einschließlich der erforderlichen Zwischenräume. Nur allgemein gebräuchliche Abkürzungen möglich. Chiffregebühr 5,35 Euro pro Anzeige incl. MwSt.

Frau, 66, sucht netten Mann für Freizeit und Gemeinsamkeiten Chiffre 2010

Elektromobile SCHOLZ
Stadtblick 14 · 38112 Braunschweig
Bundesweiter Service!
Mobil im Haus ...
Badewannen- und Treppen-Lifte
... und unterwegs!
Elektro-Mobile
Sonderaktion 20% Rabatt auf alle neuen Elektro-Mobile bis einschl. 30. Nov. 2007
Gratisprospekte anfordern!
gebührenfrei 0800 - 327 327 0

Suche netten Partner, gerne auch mit Handicap. Ich bin w., 50 Jahre alt, NR, gesch. und habe eine erwachsene Tochter. Nach meiner Knie-OP gehe ich am Rollator. Fahre gerne Auto, aber lieber mit nettem Beifahrer. Vielleicht mit Dir? Raum Ruhrgebiet Chiffre 2009

LIFTE TREPPEN
ABEG TREPPENLIFTE GmbH
Kooperationspartner des SoVD
LV NRW (ehemals Reichsbund)
Beratung · Verkauf · Service
bundesweit
Lassen Sie sich kostenfrei + unverbindlich ein Angebot unterbreiten
☎ 0 800 / 399 80 30
0,0 Cent / Minute
www.abeg-treppenlift-gmbh.de

Lifta Treppenlifte, wie neu mit Einbau topgünstig 2 Jahre Garantie u. El.mobil 2 Sitzer neuwertig halber Neupreis 6 km/h ☎ 0 46 30 / 9 30 35

PC-/Büro-Tätigkeit selbstständig von zu Hause aus! ☎ 0 56 24 / 92 53 83
Info unter: www.reis.activejob24.info

Schönwald / Schw.: Schön, renoviertes 1-Zi.-App., 33m², möbliert, Kaufpreis 20.000 €, provisionsfrei, K. Schmidt ☎ 0 61 71 / 7 15 24

Wohnwagen mit großer Tür und Mitfahrer gesucht für Rollstuhlfahrer ☎ 0173/73 87610 öfter versuchen!

Antworten auf Chiffre-Anzeigen unter Angabe der Chiffre-Nr. an:
Anzeigen-Verwaltung
U. Struckmeyer · Postfach 12 66
27723 Worpswede

Reifen Räder für L300 Wohnmobil + AHK gesucht ☎ 0173/7 3876 10 öfter vers.

GAMMA-Fahrzeuge
ACOS · Elmespöten 10 · 59602 Rütten
Prospektversand gegen 3 Euro in Briefmarken!
OHNE Führerschein
Tel. 02952/3304

Relax-Sessel mit Aufsteh-Hilfe HUKLA-Relax-Alpha, neuwertig, 2 Elektromotoren, Velour-Bezug Bologna, Neupreis 1.400,- €, VB 850,- € ☎ 05 11 / 80 49 50

Ihr Bruch
Spranzband - 60
Ohne Feder, ohne Schenkelnriemen, mm-genau einstellbar. Seit 90 Jahren im In- und Ausland viel-100.000-fach bewährter Vollschutz bei Leisten-, Hoden-, Nabel- und Bauchwandbrüchen.
Ausschn. u. einbinden - Prosp. 30 gratis
SPRANZ GmbH, Postfach 9153, D-73416 Aalen
www.spranzband.de

12 km von Oberhof und A71, Bauland, 588m², voll erschlossen in Südhanglage von Privat zu verkaufen. ☎ 0 36 31 / 98 38 20

Älteres EFH. zu Verk. in SBL nahe Aurich, ca. 100m² Wfl. ☎ 0 49 41 / 8 03 05

Treppenlifte
Jetzt anrufen: Qualität zu günstigen Preisen!
neu und gebraucht
Ihr regionaler Partner vor Ort.
Kostenloses Angebot + unverbindliche Beratung bei Ihnen zu Hause!
☎ 0180-35 36 37 1
a&p Treppenlifte GmbH
auch in: Hamburg · Schwerin
Bremen · Dortmund · Köln
Frankfurt · Stuttgart
www.treppenlift-discount.de

E-Mobil bzw. E-Rollstuhl, guter Zustand je VB 1.000,- € Anlieferung mögl. ☎ 0 51 08 / 92 54 96

Männer über 50
...die wissen, was sie in der Partnerschaft wollen, nehmen Eumel-Bull-Kraft NE Drages mit Rinderhodextrakt u. Potenzholz 1 Pckg. € 28,00 inkl. Versandk. zahlbar innerhalb 14 Tagen
Otto Blocherer · Abt. N 14
Friedensstraße 4 · 86391 Stadtbergen

Mobilität die Freude macht Große Auswahl - Hausvorführung

Elektroscooter ab 1.551,- €
Breeze 3- und 4-Rad
In einer Minute zerlegt
tiefer Einstieg
NEU: Badewannenlift
NEU

- Heizung ✓
- Radio ✓
- Tacho ✓
- 15 km/h ✓

Weileder Tech GmbH - Zentrale - Simpert-Kramer-Str. 26 - 87629 Füssen
bundesweiter Vorort-Service, Info-Zentral: Tel: 08362/9193-26 Fax: -29
support@weileder-tech-gmbh.de www.weileder-tech-gmbh.de

WENN GEHEN SCHWERFÄLLT!

ORTHO-RUPP Tel. (0631) 9 52 17
Walter-Kolb-Straße 24
67659 Kaiserslautern
Sonderfahrzeuge auch für 2 Personen!
Kostenlose Vorführung!
6-15 km/h
Elektromobile! Ohne Führerschein! Sofort Losfahren!